// Deutsche Rundschau
in Polen
früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zł, mit Zustellgeld 4.80 zł. Bei Postbezug monatl. 4.89 zł, vierteljährlich 14.66 zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zł. Danzig 3 G., Deutschland 2.50 RM. — **Einzel-Nr. 25 gr, Sonntags-Nr. 30 gr.** Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung ꝛc.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — **Fernruf Nr. 594 und 595.**

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Dz.Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 50% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Postscheckkonten: Posen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.**

Nr. 5 — **Bromberg, Dienstag, den 9. Januar 1934** — **58. Jahrg.**

Deutsche Rundschau

Am Baltikum ist ein Versuchsballon geplatzt!

Sowjetrussische Verschwörungspläne.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Der internationalen Diskussion über die sowjetrussisch-polnische Garantieaktion, die am Baltikum in Gang gesetzt wurde, haben die von polnischer und sowjetrussischer Seite erfolgten Dementis nicht Einhalt gebieten können. Im Gegenteil, die Dementis haben dieses Thema für die interessierte Weltpresse noch anziehender und um vieles aktueller gemacht. Das gegenwärtig Hervorspringende an diesem Thema ist das sich abzeichnende Bild **einer differenzierten Interessengemeinschaft Polens und Sowjetrußlands an der Lage der Dinge am Baltischen Meere** für den Augenblick, da der für unausweichlich gehaltene Konflikt zwischen Rußland und Japan ausbrechen, und sich in einem offenen Kampf entladen dürfte. **Sowjetrußland braucht eine sichere Rückendeckung an seiner westlichen Grenze.** Diese scheint ihm jetzt an den Ostgebieten Polens zu liegen. Dagegen erscheint die eventuelle Rückendeckung am Baltikum den Sowjets noch durchaus fraglich. Daraus ergibt sich eine Zusammenarbeit mit Polen hinsichtlich der Sicherung der Neutralität der baltischen Staaten von selbst.

Polens Interesse am Baltikum ist vielleicht noch intensiver als Sowjetrußlands, doch anderer Art. Polen hält sich mit den baltischen Staaten in einem Gesamtkomplex verbunden, der im Falle eines noch immer gefürchteten Vordringens der deutschen Macht nach Osten eine gemeinsame Abwehr zu leisten hätte. Daß dieser Komplex noch nicht zur praktischen Wirklichkeit geworden ist, liegt nur daran, daß sich in einem solchen Falle die politische Hegemonie Polens geltend machen müßte. Diese Wirklichkeit kann im Augenblick unmittelbarer großer Gefahr unverzüglich eintreten. Solange aber diese Gefahr noch nicht besteht, kann der baltische Staatenkomplex mit Polen an der Spitze — als ein theoretischer Operationsplan in Schriften und Mappen ein rein ideelles Dasein führen. Nun aber geschieht es, **daß Litwinow es Japans wegen ganz besonders eilig hat** und sich die von Polen sorgsam behüteten theoretischen Möglichkeiten am Baltikum zunutze machen möchte. Die Anregung, die natürlich von Sowjetrußland ausging, war aber von Polen keineswegs zurückzuweisen, schon deswegen nicht, weil sie ihm den Anlaß zu einer Generalprobe darauf bietet, wie denn eigentlich der baltische Riegel gegen — Deutschland (!) funktioniert. Funktioniert er gut, so bleibt noch manche Frage zu beantworten übrig, u. a. die, welche Bedingungen den Sowjets zu stellen wären. Funktioniert der ganze baltische Apparat nicht nach Wunsch, so entsteht das schicksalhafte Problem, was wichtiger für Polen sei: die Rückendeckung Rußlands oder ein tieferes Eindringen in die Gestaltungsmöglichkeiten des östlichen Mitteleuropa auf Grund einer kühlen Prüfung deutscher Auffassungen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß gewissen Elementen sehr daran gelegen war, zu verhindern, daß sich Polen nicht ruhig an der Kreuzung zweier Wege aufhalte und der Welt zu signalisieren, daß man auf polnischer Seite bereits einen bestimmten Weg beschritten habe, mit dem Ziele, die baltischen Staaten für die künftige Rückendeckung Rußlands zu engagieren. **Sowohl Polen wie auch Sowjetrußland haben dementiert, aber nur notdürftig, gleichsam nur um der Form willen; denn bestritten wurde nichts Meritorisches, sondern nur die schlechte Fassung und sensationelle Aufmachung der Meldung, die bezeichnenderweise von — London ihren Ausgang nahm.** Die Sache selbst aber bleibt bestehen: Polen und Sowjetrußland regen sich gemeinsam, in bedingter Zusammenarbeit im Baltikum, doch — wohlverstanden! — **jedes aus eigenen Gründen und zu eigenem Zwecke.**

Die polnische Zurückweisung.

Die über die Regierungsabsichten am besten unterrichtete „Gazeta Polska" weist die Sensationsmeldung des „Daily Herald" von der Garantie-Aktion Sowjetrußlands und Polens am Baltikum entschieden und in scharfem Tone zurück. Das polnische Regierungsblatt widerlegt indessen diese — wie es sich ausdrückt — für politische „Narkomanen" präparierte Sensation durch Argumente, welche eigentümlicherweise nur die sensationelle Aufmachung und den übertriebenen Aufputz der Meldung umstürzen, den der Meldung zugrunde liegenden politisch wahren Kern aber unversehrt lassen. Das Blatt verweist auf die offiziellen Erklärungen der sowjetrussischen „Taß" und des Conti-Bureaus und schreibt: „Beide sagen die Wahrheit.

> **Es gibt zwischen Polen und der Sowjetunion keine Verhandlungen wegen eines neuen „Paktes" bezüglich des Baltikums. Es ist auch in der gegenseitigen diplomatischen Arbeit Polens und der Sowjetunion nichts vorhanden, das eine Angriffsspitze enthielte, die gegen irgend jemand und insbesondere gegen Deutschland gerichtet wäre.**

Der Text des „Taß"-Communiqués gibt in präziser, wenngleich kurzer Form die Wirklichkeit wieder. Ebenso wahr ist die Erklärung des Conti-Bureaus.

> **„Niemals hat sich die Reichsregierung an die Polnische Regierung mit irgendwelchen, die Gebietsausdehnung Deutschlands betreffenden Plänen gewandt."**

Das Regierungsblatt bezeichnet die Meldung des „Daily Herald" als Ausfluß der Tatsache, daß sich „entgegen den Hoffnungen vieler „morphinisierter" Politiker die Beziehungen zwischen Polen und der Sowjetunion entwickeln und weiterhin enger werden". **Die Reibungsflächen vermindern sich und gleichzeitig „wächst das Gefühl der Interessengemeinschaft auf beiden Seiten unserer Ostgrenze".**

Diese feierliche Feststellung des Regierungsorgans sagt schon ziemlich viel. Sie läßt es als einleuchtend und unvermeidlich hervortreten, **daß „das wachsende Gefühl der Interessengemeinschaft" nicht vor den baltischen Fragen Halt machen könne** und daß diese Fragen in „wachsendem" Maße den Gegenstand von Erörterungen bilden dürften, die eben diesem Gefühl der Interessengemeinschaft zwischen Polen und der Sowjetunion entspringen. Damit darüber kein Zweifel bestehe, drückt sich die „Gazeta Polska" einige Zeilen weiter mit aller Deutlichkeit aus, indem sie sagt: „. . . wenig verständlich ist, daß man sich über die Stellung Polens gegenüber den baltischen Staaten wundert." Denn

> **die wahrhafte Unabhängigkeit der baltischen Staaten und ihre Wahrung — war und bleibt der oberste Grundsatz der polnischen Politik am Baltischen Meere".**

Aus der Polemik des Regierungsblattes ist zu ersehen, daß von polnischer amtlicher Seite nur die Tatsache offizieller Verhandlungen über einen abzuschließenden formellen „Pakt", und damit nur dieser allein, bestritten wird.

Das Moskauer Dementi.

Die „Taß", die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion verbreitet folgende Meldung:

> **„Wir sind ermächtigt zu erklären, daß die Nachricht des „Daily Herald" über angebliche Absichten der Sowjetunion und Polens, miteinander einen Sicherheitspakt abzuschließen, der eine Garantie der Grenzen der baltischen Staaten einschließt und gegen Pläne einer deutschen Expansion im Osten gerichtet ist, nicht der Wirklichkeit entspricht."**

Nur eine mündliche, keine formelle Aktion.

Der „Robotnik" stellt im Zusammenhange mit dem russischen Dementi die Frage, ob es denn Rauch auch ohne

wird von der lettischen Presse bestätigt, die behauptet, daß das Dementi nur eine formale Bedeutung habe. Es ändere jedoch nichts an der Tatsache, daß die bei den Regierungen Finnlands und Lettlands akkreditierten sowjetrussischen Gesandten die Außenminister dieser Länder über den Plan informiert hätten.

Die Informationen, so heißt es weiter, haben in beiden Staaten in einer mündlichen Form stattgefunden. Da ein formeller Antrag nicht gestellt worden war, haben die Estnische und Lettische Regierung dazu keine konkrete Stellung genommen. Die vorzeitige Bekanntgabe des Vorschlages hat Moskau überrascht, das sich um so mehr mit dem Dementi beeilte, als Finnland gar zu schnell einen ausdrücklich ablehnenden Standpunkt eingenommen hatte. Sowjetrußland hat sich also von einem Vorschlage zurückgezogen, der nicht in einer konkreten, formellen, sondern in einer mündlichen Form gemacht worden war. Trotz der Dementis beschäftigt sich die lettische Presse auch weiterhin mit der ganzen Frage, da sie der Meinung ist, daß Moskau an seinem Plan festhält und mit ihm bei einer besseren Gelegenheit wieder hervortreten wird.

Inzwischen häufen sich die Nachrichten über dasselbe Thema in verschiedenen Blättern verschiedener Länder. So meldet der Korrespondent der „Times" aus Helsingfors,

> **daß die Finnische Regierung am 23. Dezember 1933 den vertraulichen Vorschlag einer gemeinsamen polnisch-sowjetrussischen Deklaration bezüglich der Verteidigung der Unabhängigkeit Finnlands erhalten hätte,**

daß sie aber am 27. Dezember v. J. den Vorschlag abgelehnt und erklärt habe, **daß sie es vorziehe, in dieser Angelegenheit mit Polen besonders zu verhandeln.**

Wie dem „Kurjer Warszawski" aus Helsingfors gedrahtet wird, äußert das leitende Organ der Lappo-Bewegung „Ajan-Suunta" die Ansicht, daß der Zweck der Initiative Litwinows erstens: die Verminderung der Verteidigungsfähigkeit Finnlands und der baltischen Oststaaten sei, zweitens: **die Neutralisierung dieser Länder für den Fall kriegerischer Konflikte im Fernen Osten,** drittens: **die Isolierung des verhaßten Deutschland,** dessen wirtschaftliche und kulturelle Einflüsse in den baltischen Staaten sehr groß seien. „Wir haben Gründe, anzunehmen, — so schreibt das finnische Blatt — daß **der Vorschlag Litwinows an Finnland, Estland und Lettland ein dem beabsichtigten entgegengesetztes Ergebnis haben werde.** Die uns angebotene Sicherheit ist ein sowjetistischer Papierfetzen von der Art derjenigen, mit denen wir schon mehr als genug Erfahrungen gemacht haben."

Marianne lehnt ab!

Die unannehmbaren Vorschläge der französischen Denkschrift.

Die Pariser Zeitung „Rempart" veröffentlicht den genauen Inhalt der französischen Denkschrift, welche die französische Antwort auf die deutschen Vorschläge enthält. Die Denkschrift, die bekanntlich dem deutschen Reichskanzler Adolf Hitler durch den französischen Botschafter Francois Poncet am 2. Januar d. J. überreicht wurde, enthält nach Informationen, welche die Redaktion des „Rempart" im Quai d'Orsay erlangt haben will, folgende Punkte:

1. der deutsche Vorschlag über den Abschluß eines zehnjährigen Nichtangriffspaktes wird mit der Begründung abgelehnt, daß ein derartiger Pakt geringere Garantie erhalten würde, als sie die von Deutschland bereits übernommenen Verpflichtungen darstellen.

2. Jede Revision der Traktate mit Ausnahme jener Fälle im Konventions-Projekt, die auf Grund der gegenseitigen Verständigung zwischen England und Frankreich vorgesehen wurden, wird abgelehnt.

3. Die Reichswehr soll in eine Miliz in Stärke von 200 000 Soldaten mit kurzfristiger Dienstzeit im Sinne des Macdonald-Plans umgestaltet werden. Der Stand der Miliz könnte auf 300 000 Mann unter der Bedingung erhöht werden, daß Deutschland alle Sturmabteilungen (SA) und Schutzstaffeln (SS) restlos auflöst.

4. Alle ähnlichen Formationen in Deutschland, die der Auflösung nicht unterliegen, gelten als ausgebildete Reserven und unterliegen der internationalen Kontrolle.

5. Die neue Reichswehr wird nur über eine Defensiv-Waffe verfügen, die zur Ausbildung der Rekruten notwendig ist. Kampf-Flugzeuge und Tanks werden auch weiterhin verboten.

6. Die gegenwärtig gerüsteten Mächte verringern allmählich ihre Rüstungen bis zu dem im Macdonald-Plan vorgesehenen Maximum. Die im Konventionsprojekt vom 16. Oktober vorgesehenen zwei Abrüstungs-Etappen bleiben in Kraft, wobei jedoch die Probezeit eine Beschränkung auf vier, drei und sogar auf zwei Jahre erfahren wird.

7. Frankreich ist mit einem vollkommenen Verbot der Gaskriegführung einverstanden, fordert eine internationale Kontrolle des Flugwesens und ist bereit, einen bedeutenden Teil seiner Zerstörer-Flugzeuge zu vernichten.

8. Die periodische und automatische Rüstungs-Kontrolle tritt unverzüglich ins Leben.

9. Frankreich lehnt jeden Vorschlag zur Einleitung von direkten Verhandlungen über die Rückgabe des Saargebiets an Deutschland ohne Volksabstimmung ab, da alle Kompetenzen darüber nur der Völkerbund besitzt.

Schließlich lehnt Frankreich die Durchführung von direkten Verhandlungen mit Deutschland in der Frage der Abrüstung und der Revision der Traktate ab, da an diesen Fragen in gleichem Maße alle anderen Kontrahenten der Traktate, die Mitglieder des Völkerbundes, sowie die an der Abrüstungskonferenz beteiligten Staaten interessiert sind.

Polnische Kritik am Völkerbund.

Die „Berliner Montagspost" meldet aus Paris: Der polnische Außenminister Beck hat dem „Excelsior" ein hochinteressantes Interview gewährt, worin er deutlich die Selbständigkeit der polnischen Außenpolitik gegenüber Frankreich betont. Beck begann mit einer Kritik am Völkerbund. **Der Völkerbund habe in Osteuropa niemals eine sehr starke Stellung gehabt. Er habe in Osteuropa niemals große politische Dinge vollbringen können.**

Polen hat sich „etwas über den Völkerbund geärgert", weil es den Eindruck gehabt habe,

> **daß „die gesamte europäische Meinung die zwischen Deutschland und Polen bestehenden Schwierigkeiten eher pflegen, als aus der Welt schaffen wollte".**

Infolgedessen habe es ihm durchaus natürlich geschienen, daß Polen von sich aus eine Bemühung unternehme, um die Atmosphäre zwischen Deutschland und Frankreich zu bessern.

„**Die deutsch-polnischen Beziehungen**" — erklärte der polnische Außenminister — „**haben sich tatsächlich zu unserer größten Befriedigung gebessert. Ich fürchte aber, daß die europäische Meinung in die Wertschätzung dieser politischen Tatsache vielleicht ein gewisses Bedauern darüber eingemischt hat, daß die deutsch-polnischen Streitigkeiten nicht mehr obligatorisch einen Teil des protokollarischen Menüs für alle internationalen Verhandlungen mehr bildeten und von der Liste der unlösbaren politischen Probleme infolgedessen gestrichen werden müßten.**"

Der Kleine Grenzverkehr.

Erleichterungen auf preußischer Seite.

Unter Zustimmung des Reichsinnenministers hat der Preußische Minister des Innern Ausführungsbestimmungen zu dem deutsch-polnischen Abkommen über Erleichterungen im Kleinen Grenzverkehr erlassen. Die in dem Abkommen bezeichneten Personen (Wohnsitz im Grenzbezirk bezw. wenigstens drei Monate Aufenthalt dortselbst) genießen die vorgesehenen Erleichterungen im Kleinen Grenzverkehr ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit.

Eigentümer von Grundstücken genießen die Erleichterungen des Abkommens vom Tage des Besitzantritts an, sonstige Nutzungsberechtigte vom Beginn ihres Rechtsanspruchs ab und Personen, die im Betriebe eines Nutzungsberechtigten beschäftigt sind, vom Tage des Beginns des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses ab. Für Familienangehörige eines Nutzungsberechtigten gilt die Frist von drei Monaten nicht, wenn diese Personen im Betriebe des Nutzungsberechtigten beschäftigt sind.

Der Antrag auf Ausstellung eines Grenzausweises ist grundsätzlich persönlich bei der Paßbehörde zu stellen. Ausnahmsweise ist auch die Antragstellung durch Vermittlung der Ortspolizeibehörde möglich. Wird der Antrag bei der Paßbehörde gestellt, so hat die Ortspolizeibehörde die Identität des Antragstellers sowie die Tatsache seines Wohnsitzes oder Aufenthalts im Grenzbezirk zu bescheinigen. Grenzausweise für eine Einzelreise sind, abgesehen von den Fällen, in denen die Ausstellung eines solchen Ausweises ausdrücklich beantragt worden ist, nur auszustellen, wenn Tatsachen vorliegen, die an sich die Versagung des Ausweises rechtfertigen, wenn aber die Versagung im Hinblick auf den dargelegten Zweck des Grenzübertritts eine besondere Härte bedeuten würde. Sonst werden Dauerausweise verabfolgt.

*

Wir hoffen, daß jetzt endlich auch auf polnischer Seite wieder wie früher — in großzügiger Weise Dauerausweise im Kleinen Grenzverkehr auch an polnische Staatsangehörige deutschen Stammes verabfolgt werden, wie es dem Sinn des deutsch-polnischen Abkommens entspricht. Wir haben zu diesem besonders trüben Kapitel der letzten Zeit noch einiges zu sagen, und wir werden das auch tun.

Welche Versicherungsbeiträge

zahlt der Arbeitgeber und welche der Versicherte?

Auf Grund der neuen Vorschriften werden sich die Versicherungsbeiträge zwischen dem Arbeitgeber und dem Versicherten wie folgt verteilen:

Bei den Arbeiter-Versicherungen

beträgt der Beitrag für die Krankenversicherung 5 Prozent, in die sich Arbeitgeber und Versicherter zur Hälfte teilen.

Bei der Invaliden- und Altersversicherung beträgt die Versicherung 5,2 Prozent, wovon der Arbeitgeber 3,3 Prozent und der Versicherte 1,9 Prozent zu zahlen hat.

Bei der Unfallversicherung und bei Berufskrankheiten trägt die Versicherungsgebühr der Arbeitgeber allein. Der Beitrag wird auf drei Jahre festgesetzt.

Bei der Versicherung der geistigen Arbeiter

bildet die Grundlage für die Bemessung der Beiträge und Leistungen der wirkliche Monatsverdienst. Bei der **Krankenversicherung** beträgt der Beitrag 4,6 Prozent des wöchentlichen Verdienstes, wovon auf jeden Teil die Hälfte entfällt, nämlich 2,3 Prozent. Bei der **Invaliditäts- und Altersversicherung** betragen die Beiträge 8 Prozent und zwar verteilen sich diese Prozente wie folgt: Wenn der Arbeitnehmer keine Entschädigung erhält oder eine solche bis zu 60 Złoty monatlich, so zahlt den Beitrag der Arbeitgeber ganz; die weitere Verteilung der Beiträge stellt sich wie folgt dar: von 60 bis 400 Złoty Verdienst zahlt der Arbeitgeber 3/5 und der Arbeiter 2/5, über 400 bis 800 Złoty der Arbeitgeber die Hälfte und der Arbeitnehmer die andere Hälfte. Bei einem Monatsverdienst von über 800 Złoty zahl der Arbeitgeber 2/5 und der Versicherte 3/5. Der Beitrag für die letzte Gruppe wird berechnet von 725 Złoty.

Die **Versicherung gegen Arbeitslosigkeit** geistiger Arbeiter hat wiederholt Veränderungen erfahren. Zuletzt war ein Beitrag für den Fall der Arbeitslosigkeit in Höhe von 2,8 Prozent vom Verdienst vorgesehen, und dieser Prozentsatz wurde wie folgt verteilt: Wenn der Versicherte eine Monatsentschädigung von 60 bis 400 Złoty erhält, zahlt der Arbeitgeber 1,4 Prozent und der Versicherte dasselbe. Bei einem Verdienst von 400 bis 800 Złoty zahlt der Arbeitgeber 1,2 Prozent und der Versicherte 1,6 Prozent. Bei Verdiensten über 800 Złoty zahlt der Arbeitgeber 1 Prozent und der Versicherte 1,8 Prozent. Wenn die monatliche Entlohnung des Versicherten die höchste grundsätzliche Entlohnung von 725 Złoty monatlich überschreitet, beträgt der monatliche Beitrag 2,8 Prozent von 725 Złoty und 1,68 Prozent des Unterschiedes zwischen dem wirklichen Verdienst und der höchsten grundsätzlichen Entlohnung.

Minderung der Altersrente der geistigen Arbeiter.

Der Ministerrat hat eine Novelle zu dem Gesetz über die Versicherung der geistigen Arbeiter beschlossen, über die der Krakauer „J. K. C." das Folgende zu berichten weiß:

Nach den bisherigen Vorschriften hatte der Versicherte, wenn er mindestens 60 Versicherungsmonate hinter sich hatte und das 65. Lebensjahr überschritt, Anspruch auf die Altersrente auch dann, wenn er weiter beschäftigt blieb. Die Rente betrug schon nach 5 Versicherungsjahren (60 Monate) 40 Prozent des Grundlohnes. (Der letztere ist bekanntlich durch Aufhebung der Verdienstgruppen aufgehoben.) Die Novelle sieht vor, daß die Auszahlung des ganzen Betrages der Altersrente ohne Rücksicht darauf, ob der Betreffende weiter beschäftigt ist, nur dann erfolgt, wenn der **Versicherte mindestens 30 Jahre Versicherung hinter sich hat,** d. h. wenn er sein Recht gebührend erkauft hat. Außerdem wird die Altersrente herabgesetzt, wenn der Versicherte beschäftigt bleibt.

Diese Bestimmung dürfte zwar einen Abfluß der älteren Personen, die auf eine Rente Anspruch haben, vom Arbeitsmarkt herbeiführen. Dadurch werden sich aber die Ausgaben der Versicherung für Altersrenten nicht verringern, aber es wird Platz gemacht für jüngere Kräfte.

Die neuen Bestimmungen über die Altersrente sollen für die Personen, die die Rente bereits erhalten, am 1. Juli d. Js. in Kraft treten.

Die Novelle sieht ferner eine Verlängerung der Erleichterung der Aufnahme der Expedienten in Läden und Buchhandlungen unter die geistigen Arbeiter um weitere fünf Jahre vor. (Diese Erleichterung war Ende 1932 abgelaufen.)

Die Novelle führt schließlich erhebliche Änderungen der Vorschriften über die Entscheidung von Streitfällen in der Versicherung der geistigen Arbeiter ein. Die Berufung gegen die Entscheidung der Versicherungsanstalt muß durch Vermittlung der Versicherungsanstalt an die entscheidende Instanz geleitet werden. Wenn die Versicherungsanstalt die Berufung als begründet ansieht, so ändert sie sofort ihre Entscheidung; wenn dies nicht der Fall ist, so ist sie verpflichtet, sie an die entscheidende Stelle weiter zu reichen. Die Streitfrage darf nicht länger als drei Wochen bei der Versicherungsanstalt verbleiben.

*

Der Minister für soziale Fürsorge Hubicki hat zu dem Gesetz über die Sozialversicherung Pressevertretern einige Erläuterungen gegeben. U. a. sagte er, die Herabsetzung der Beiträge in der Krankenversicherung, was die Herabsetzung der Leistungen zur natürlichen Folge hat, trägt einem vernünftigen Heilverfahren und den wirklichen Bedürfnissen des Versicherten Rechnung.

Die Versicherten werden erst nach einer mehrjährigen Wartezeit auf Renten Anspruch erlangen. Um jedoch schon jetzt den Arbeitsinvaliden, die aus gesetzlichen Gründen auf Rente keinen Anspruch haben, Hilfe zu sichern, erkennt ihnen das Gesetz eine Versorgung in Höhe von 30 Złoty monatlich zu.

Neue Verordnung des Reichsbischofs

Der Reichsbischof hat am 4. Januar folgende Verordnung über die Wiederherstellung geordneter Zustände in der Deutschen Evangelischen Kirche erlassen:

Die kirchenpolitischen Kämpfe zerstören Frieden und Einigung in der Kirche; sie zerrütten die notwendige Verbundenheit der evangelischen Kirche mit dem nationalsozialistischen Staat und gefährden sowohl die Verkündigung des Evangeliums als auch die neu errungene Volkseinheit.

Zur Sicherung der Verfassung der deutschen evangelischen Kirche und zur Hebung geordneter Zustände verordne ich daher unter Vorbehalt weiterer Maßnahmen in verantwortlicher Ausübung des mir verfassungsmäßig zustehenden Führeramtes auf Grund des Artikels 6 Absatz 1 der Verfassung der deutschen evangelischen Kirche:

§ 1. Der Gottesdienst dient ausschließlich der Verkündigung des lauteren Evangeliums. Der Mißbrauch des Gottesdienstes zum Zwecke kirchenpolitischer Auseinandersetzungen, gleichviel in welcher Form, hat zu unterbleiben, Freigabe sowie Benutzung der Gotteshäuser und sonstiger kirchlichen Räume zu kirchenpolitischen Kundgebungen jeder Art wird untersagt.

§ 2. Kirchliche Amtsträger, die das Kirchenregiment oder dessen Verfassung öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, insbesondere durch Flugblätter oder Rundschreiben, angreifen, machen sich der Verletzung der ihnen obliegenden Amtspflichten schuldig. Die Eingabe von Vorstellungen auf dem hierzu vorgeschriebenen Wege bleibt unberührt.

§ 3. Gegen kirchliche Amtsträger, die den Vorschriften der §§ 1 und 2 zuwiderhandeln, ist unter sofortiger vorläufiger Enthebung vom Amte unverzüglich das förmliche Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Enthebung aus dem Amte einzuleiten. Für die Dauer des vorläufigen Amtsenthebung ist vorbehaltlich weitergehender Bestimmungen der Disziplinargesetze das Einkommen um mindestens ein Drittel zu kürzen.

§ 4. Das Gesetz betreffend die Rechtsverhältnisse der Geistlichen und Beamten der Landeskirchen vom 16. November 1933 und das vorläufige Kirchengesetz betreffend die Rechtsverhältnisse der Geistlichen und Beamten der Landeskirchen vom 8. Dezember 1933 und das Kirchengesetz betreffend Beilegung kirchenpolitischer Streitfälle vom 8. Dezember 1933 werden außer Kraft gesetzt.

§ 5. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

(gez.) Ludwig Müller, Reichsbischof.

Aus anderen Ländern.

Polnische Geheimschulen in Litauen.

Die polnische Presse berichtet aus Litauen, daß die litauischen Behörden drei polnische im Geheimen bestehende Schulen aufgedeckt hätten, in denen verbotene Lehrbücher verwendet wurden. Die drei Lehrerinnen wären jede mit 2000 Lit Geldstrafe oder zwei Monaten Gefängnis bestraft worden.

Der südafrikanische Parlamentspräsident ermordet.

Wie aus Johannesburg gemeldet wird, wurde der neugewählte Präsident der südafrikanischen Kammer Reverend Hattingh von unbekannten Tätern ermordet. Sein Auto wurde im Busch gefunden. In dem Auto lag die Leiche Hattinghs, von 5 Schüssen durchbohrt. Daneben lag schwer verwundet sein Begleiter. Es handelt sich um einen Überfall aus dem Hinterhalt, dem politische Motive unterlegt werden.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 8. Januar 1934.

Krakau — 2,76, Zawichost + 1,70, Warschau + 1,77, Plock + 1,96, Thorn + 1,26, Fordon + 1,48, Culm + 0,90, Graudenz + 1,54, Kurzebrak + 1 73, Pieckel + 1,00, Dirschau + 0,93, Einlage + 1,96, Schiewenhorst + 2,20.

Die Klopfzeichen verstummen . . .

Rettung der Opfer von Ossegg ausgeschlossen.

Mit den letzten vierundzwanzig Stunden ist allmählich auch der letzte Rest von Hoffnung versiegt, der noch immer hunderte von Angehörigen der verunglückten Bergleute aufrecht erhielt, der sie nach wie vor wie eine Mauer vor dem zerstörten Schachteingang der Grube Nelson III warten ließ. Die unendlich traurige Tatsache, daß 147 Menschen Opfer des Berges geworden sind, wenn man die beiden Toten über Tag mitrechnet, die durch die einstürzenden Gebäude ums Leben kamen, steht seit kurzer Zeit unumstößlich fest. 15 Leichen, zum Teil bis zur Unkenntlichkeit verkohlt, hat der Totenschacht bis jetzt hergegeben. Die Bergung der übrigen dürfte — falls es überhaupt gelingt, alle zu finden — noch Wochen in Anspruch nehmen, da es zur Zeit völlig unmöglich ist, in den Unglücksschacht zu kommen.

In allen Gängen des gesamten Grubenreviers von Nelson III wütet das Feuer.

Giftige Gas- und Rauchschwaden machen das Atmen zu einer Unmöglichkeit. Sie geben auch die traurige Gewähr dafür, daß von den noch Eingeschlossenen keiner mehr am Leben sein kann. Schon seit Donnerstag früh hörte man von den Verschütteten kein Lebenszeichen mehr. Trotzdem lebte unter der harrenden Menge der Angehörigen noch die Hoffnung, daß der eine oder andere sich in einen fernen Winkel der Grube gerettet habe, wo ihn das mörderische Wetter nicht erreichen könne. Nach Ansicht der Fachleute ist diese Annahme durchaus haltlos. Und wenn selbst einzelne der grauenhaften Explosion und ihren direkten Nachwirkungen entgangen sein sollten, sind sie wohl leider längst ein Opfer des immer weiter um sich greifenden Feuer, des Hungers und des Durstes geworden.

Eine dumpfe Traurigkeit hat sich der deutschen und tschechischen Bevölkerung in dem Kohlenrevier bemächtigt.

Die Katastrophe ist die größte, die das böhmische Gebiet seit Menschengedenken betroffen hat.

In den umliegenden Gruben der Unglücksgegend liegt die Arbeit fast völlig still. Da man über die Ausdehnung des unterirdischen Feuers nichts Genaues weiß, ist jedes Betreten des Reviers mit Lebensgefahr verbunden. Zudem drohen immer neue Explosionen. Trotz dieser ständigen Gefahr arbeiten die Rettungsmannschaften mit aufopfernder Bereitschaft, aber ohne nennenswerte Resultate. Sie wissen, daß ihre Arbeit im Grunde sinnlos und ganz und gar hoffnungslos ist; aber sie versuchen wenigstens den Angehörigen der Verunglückten den einzigen Trost zu verschaffen, den es für sie noch gibt: die Leichen der Opfer in würdiger Feier bestatten zu können.

Ganz verstört und zutiefst entsetzt kommen die tapferen Knappen, die sich an die Stätte der Zerstörung wagen, zurück. Sie vermögen kaum zu erzählen, was sie Grauenvolles dort unten im Dunkel entdeckt haben. Auch die einzigen Überlebenden des Unglücks, die vier Bergleute, die wunderbarerweise den Weg durch einen Nachbarschacht ins Freie gefunden haben, geben über ihre Erlebnisse nur spärlichen Bericht. Über den Hergang und die wirkliche Ursache der Katastrophe können sie nichts Wesentliches berichten. Sie hörten ein paar Sekunden lang das unheimliche Rollen und Donnern im Gestein, das jedem Bergwerksunglück vorausgeht, als das Unglück schon hereinbrach. Sie standen alle vier an einem Ort, wo die Sicherung des Ganges nicht sofort der Gewalt der stürzenden Blöcke nachgab. Sofort versuchten sie, einen rettenden Luftschacht zu erreichen, auf dessen steilen Leitern sie in die Höhe kletterten. Aber die mörderischen Gase, die durch die dauernde Explosion in großer Menge frei wurden, bedrängten sie so,

daß der letzte, dem Erstickungstod nahe, taumelte und schon im Begriff war, zurückzufallen.

In diesem Augenblick kam von oben der erste der Rettungsmänner, die versuchten, in den zerstörten Schacht einzudringen. Er ergriff den Taumelnden und brachte ihn heil ans Tageslicht. Durch einen wunderbaren Zufall war es der eigene Bruder, der so in allerletzter Sekunde Hilfe brachte.

Das Feuer in dem gesamten Nelsongrubenrevier breitet sich immer weiter aus. Es besteht neuerliche Explosions- und Einbruchsgefahr.

Man hat bereits begonnen, die brennenden Schächte zuzumauern,

um den Brandherd einzudämmen. Damit ist zunächst auch die Möglichkeit, die Toten zu bergen, abgeschnitten; denn man kann sich in das bedrohte Gebiet kaum mehr wagen. Von den beklagenswerten Opfern der Ossegger Katastrophe sind die Hälfte Deutsche.

S. B.

*

Die Schuldfrage des Unglücks auf der Nelson-Grube.

Osseck, 8. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Untersuchungskommission, die an der Schuldfrage des Unglücks auf der Nelson-Grube arbeitet, hat am Sonntag eine große Anzahl von Bergleuten, Betriebsleuten und sonstigen Angestellten vernommen. Der am Sonntag abend verhaftete Ingenieur Beysser wurde in das Gefängnis eingeliefert. Gegen Beysser waren aus Kreisen der Arbeiterschaft schwere Anschuldigungen erhoben worden. Er wird vor allem für die den Betrieb gefährdenden Sparmaßnahmen verantwortlich gemacht.

Die Kommunisten benutzen die Verhaftung zur Ausgabe von Streikparolen.

Byrd entdeckt ein neues Meer!

Aus Newyork meldet der J.N.S.-Dienst:

Der Südpolforscher Admiral Byrd hat auf seinem gefahrvollen Fluge während heftiger Schneestürme, die ihn 150 Meilen südlich von seiner Basis Roberts-Bay führten, ein riesiges Meer entdeckt, wo die alten Karten Festland verzeichneten. Das Meeresgebiet ist annähernd 200 000 Quadratmeilen groß und erhielt von Byrd den Namen Pazifischer Ozean. (Den gibt es doch schon! D. R.) Admiral Byrd flog mit seiner Maschine auf dem 117. Meridian bis 32 Grad 30 Minuten südlicher Breite. Dort zwangen ihn schwere Schneestürme zur Rückkehr nach seinem Expeditionsschiff.

Admiral Byrd berichtet über diesen Flug: „Wir haben niemals Land zu Gesicht bekommen. Soweit unser Auge reichte, sahen wir nur eine einzige mit Eis bedeckte Wasserfläche. Der Flug ging glatt von statten. Unser Luftgeschwindigkeitsmesser fror bei der enormen Kälte ein und versagte den Dienst. Schwierigkeiten bereitete uns auch die Navigation ohne Sonne. Wir mußten uns auf unseren Kompaß verlassen, der in der Nähe des magnetischen Südpols natürlich sehr beträchtliche Abweichungen zeigte. Wir flogen mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 118 Kilometern."

12 : 4!

Sensationeller Boxsieg Posens über Berlin

Posen, 8. Januar. (PAT) Gestern abend wurde in Anwesenheit von etwa 4000 Zuschauern das mit großer Spannung erwartete Box-Treffen zwischen den Repräsentationsmannschaften Berlins und Posens ausgetragen. Die Begegnung hatte ein sensationelles Ergebnis, denn die Posener konnten mit 12:4 Punkten einen ungemein hohen Sieg für die polnischen Farben buchen. Nach Ansicht der polnischen amtlichen Telegraphen-Agentur war der Sieg der Posener Mannschaft durchaus verdient. Besonders klar war das Übergewicht von Rogalski, Sipinski, Majczrzycki und Pilat. Vor dem Beginn der Kämpfe tauschten die beiden Mannschaften Andenken aus.

Der Saal, in dem die Begegnung stattfand, war mit polnischen und deutschen Fahnen geschmückt. Die beiden Mannschaften wurden außerordentlich herzlich begrüßt.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 8. Januar.

Wechselnd bewölkt.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet mildes Wetter bei wechselnder Bewölkung an.

Winterhilfe und Familie.

Die Winterhilfe in Deutschland gibt bekanntlich jeden Monat an die nach vielen Tausenden zählende Front aller derer, die am Winterhilfswerk mithelfen, Monatsplaketten aus, die an der Haus- oder Wohnungstür befestigt werden. Diese Plaketten haben in jedem Monat ein anderes Aussehen und eine andere Umschrift. In diesem Monat zeigen sie auf weißem Grunde einen grünenden Eichensproß. Die rote Umschrift lautet: **„Schützt die Familie. Wir opfern."**

Damit ist der tiefste Sinn der Winterhilfe erfaßt. Es geht nicht so sehr darum, daß der einzelne satt zu essen und warme Kleider hat. Er braucht darüber hinaus die Verwurzelung und Sicherung in der Familie. Der Arbeitslose muß wieder verdienen und erwerben können, damit er wirklich Ernährer und Vater der Familie ist, der die Verantwortung für sie nicht als furchtbare Last, sondern gern und freudig trägt. Die unterernährte, versorgte Frau muß gesund sein und Kräfte haben, damit sie Mann und Kinder wie eine rechte Hausmutter treu und ordentlich versorgen kann. Die Kinder brauchen eine helle, warme Stube, Fröhlichkeit und Sorglosigkeit, damit sie ihr Haus und Heim lieb haben und bei Vater und Mutter zu ordentlichen, gesunden und tüchtigen Menschen heranwachsen, die im Leben etwas leisten. Das alles muß die Winterhilfe möglich machen und darum zur Familienhilfe werden.

„Schützt die Familie. Ohne Familie kein Volk." Auch wir Deutschen in Polen wollen uns diesen Wahrspruch zu eigen machen, denn für uns hat er eine besonders ernste Bedeutung. Darüber hinaus empfinden wir uns selbst in unserer Volksgemeinschaft als eine große Familie, in der einer dem anderen mit allen Kräften dient. In der Winterhilfe wollen wir das beweisen.

Die Deutsche Bühne Bromberg auf der „Schlesischen Kirmes."

Ein spielfreier Abend. Noch dazu ein Abend, der vor zwei Feiertagen sicherlich ein vollbesetztes Haus gebracht hätte. Aber „sicherlich" ist nach den bösen Erfahrungen der letzten Wochen zuviel gesagt. Kunst steht im allgemeinen heute nicht hoch im Kurse, und auch die Jünger der Mimik müssen zusehen, daß der Bühnenhaushalt nicht allzu stark verrutscht.

Da ist eine Schlesische Kirmes schon eine andere Sache. Die Deutsche Bühne Bromberg hätte sich diesen Zuspruch zu ihrer Kunst auch einmal gewünscht. Das war, als ob das „Märchen vom kleinen Teufelein" aufgeführt und eine ungeheure Schar von Kindern in den Saal strömen würde. Ganz unterscheiden konnte man die Erwachsenen von den Kindern diesmal nicht. Die Dirndlkleider und die plötzlich wieder auftauchenden vielen echten Zöpfe gaben manchem in bezug auf die Feststellung des Alters manches Rätsel zu lösen. Wer weiß, ob in diesem Durcheinander nicht manche „Minderjährige" die übliche Zeit des Zubettgehens vertanzt hat. Aber was will das heißen: Schlesische Kirmes ist eine Volksangelegenheit, und schließlich hat die Deutsche Bühne nicht nur erwachsene Bühnenmitglieder.

Man betrat den ersten Raum und glaubte in den Jahrmarktsrummel eines schlesischen Städtchens geraten zu sein. Noch nie schienen die Räume des Zivilkasinos so groß gewesen zu sein, wie an diesem Abend. Wozu hat die Deutsche Bühne auch ihren Bühnenarchitekten? Der weiß aus einer Bretterbude einen Kunstschuppen zu machen. Aus den schönen Räumen des Zivilkasinos kann man eben mehr herstellen. Das tat er.

Bühne und Komödiantentum kennen Stimmungen. Für derlei Dinge haben Schauspieler ein feines Empfinden. Nicht daß sie überhaupt erzeugt wird. Die Hauptsache ist, daß sie zur rechten Zeit und am rechten Orte auftaucht. Dafür gab es einen großen und einen kleinen Tanzsaal. Der große Tanzsaal brachte die Schlesische Kirmes mit einem kleinen Anstrich zum Kabarett der Komiker und mit Tangomelodien, der kleine Saal war im Tone etwas derber mit Rheinländer, Tyrolienne und zackigen Walzern. Dort gab es statt Stühle umgestülpte Bierfässer: das war aber der Raum, der besonders bevorzugt wurde.

Wie lange das Rauschen in diesen Festsälen gedauert hat, wissen die wenigsten — oder alle, die da waren. Alle wissen, daß es ein schönes Fest war, und daß die Bühnenstars, die zum Publikum herabstiegen, durch dieses Fest eine wirkungsvolle Werbearbeit für ihren Musentempel getan haben.

§ **C. A. Franke im Konkurs.** Eines der ältesten und angesehensten gewerblichen Unternehmen in Bromberg, das hier über 100 Jahre bestand, die Firma C. A. Franke, ist, wie so manches andere Unternehmen vor ihm, der Ungunst der Zeiten zum Opfer gefallen und mußte nach jahrelangen Versuchen, der Schwierigkeiten Herr zu werden, von der Bildfläche verschwinden. Die Firma hat den Konkurs angemeldet.

Die Firma ist im Jahre 1827 gegründet worden, ihr Gründer war aus Lissa hierher zugewandert. Aus kleinen Anfängen entwickelte sich unter geschickter Leitung ein Unternehmen, das wichtige Zweige der Wirtschaft umfaßte; aus einem Destillationsgeschäft entstand eine Spiritusraffinerie, und in weiterer Folge wurden eine Badeanstalt und eine Sägemühle dem Unternehmen angegliedert. Die Inhaber des Geschäfts spielten von Anfang an im Gemeindeleben der Stadt eine wichtige Rolle; namentlich der drittletzte der Firmeninhaber, Hermann Franke, gehörte Jahrzehnte lang der Stadtverordnetenversammlung und als Stadtrat im Ehrenamt dem Magistrat an. Die Stadt ehrte ihn ob seiner Verdienste um die Kommune dadurch, daß sie ihm das Ehrenbürgerrecht verlieh und eine Straße im Stadtzentrum, die ehemalige Kasernenstraße, nach ihm benannte. Auch der vorletzte Inhaber, Conrad Franke, war im städtischen Ehrendienst tätig, und zwar als Stadtverordneter und dann mehrere Jahre als Stadtrat. Zum Konkursverwalter wurde vom Gericht der Rechtsanwalt Kazimierz Nadzikowski berufen.

> Lieben Brüder, es ist eine Zeit des Suchens, Findens und Ernstes; wen es trifft, den triffts. Wer da wachet, der wirds hören und sehen. Wer aber in Sünden schläfet, der spricht: es ist alles Friede und still, wir hören keinen Schall vom Herrn.
>
> Jakob Böhme.

§ **Schwere Fleischvergiftung.** Ein Fall von schwerer Fleischvergiftung hat sich am Freitag abend ereignet. In der Kujawier-Straße 39 hat der 29jährige Arbeiter Leon Nowicki mit seiner 26jährigen Ehefrau und einem zweijährigen Söhnchen eine Wohnung inne. An dem genannten Abend aßen die Familienmitglieder verschiedene Wurst, worauf gegen 9 Uhr das Kind erkrankte und nach Ablauf einer Stunde sich zu übergeben begann. Kurze Zeit darauf erkrankte auch die Frau. Der Zustand verschlimmerte sich so, daß sie sogar die Besinnung verlor. Der Mann eilte nun zu seinen Schwiegereltern, die Bergkolonie 22 wohnen. Er konnte sie aus dem Schlafe wecken und eilte dann wieder nach Hause. Er hatte nur wenige Schritte zurückgelegt, als auch er auf der Straße zu Boden sank und liegen blieb. Als die Eltern nach einiger Zeit sich angekleidet hatten und zu der Wohnung des Schwiegersohnes eilen wollten, fanden sie auf der Straße einen Mann liegen, dessen sie sich annahmen und in dem sie zu ihrem Schrecken ihren Schwiegersohn erkannten. Man schaffte ihn in seine Wohnung und alarmierte die Rettungsbereitschaft. Alle drei Familienmitglieder wurden in das Städtische Krankenhaus eingeliefert, wo eine sehr schwere Fleischvergiftung festgestellt wurde. Die Erkrankten befinden sich auf dem Wege der Besserung.

§ **Wieder falscher Alarm.** Am Sonnabend morgen gegen ¼4 Uhr wurde die Feuerwehr wieder einmal unnötig in Tätigkeit gesetzt. Von einem leider unerkannt entkommenen Täter wurde der Feuermelder in der Luisenstraße in Tätigkeit gesetzt.

§ **Infolge der Glätte** stürzte am Freitag nachmittag der hiesige Arzt Dr. Sagajło aus der Bülow-Straße (Mickiewicza) als er auf dem Wege zu einem Patienten war, so unglücklich zu Boden, daß er sich einen Beinbruch zuzog.

§ **Auf der Suche nach Schweinedieben,** die in der Nacht zum Freitag bei einem Landwirt in Tarkowo bei Güldenhof drei Mastschweine gestohlen hatten, kam die Polizei am Freitag abend in eine Wohnung in den Baracken hinter der Kriegsschule. Die Wohnung war verschlossen, und als die Beamten ein Öffnen derselben forderten, hörten sie zwei Männer durch ein Fenster flithen. Bei der Haussuchung entdeckte man einige Fleischstücke, die von den unterdessen geschlachteten Tieren stammten. Die Diebe hatten die Schweine geschlachtet, zum Teil verkauft und den Rest für den eigenen Bedarf eingesalzen.

§ **Bestrafter Hehler.** Wegen Hehlerei hatte sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts der 27jährige Schlosser Rafał Malcewicz von hier zu verantworten. Im Juni v. J. wurde dem Gutsbesitzer Andrzej Frankowski aus einer verschlossenen Kiste Garderobe im Werte von 1500 Zloty gestohlen. Als Dieb wurde seinerzeit der 21jährige Arbeiter Ludwig Serafin von der Polizei ermittelt, der bereits von der hiesigen Strafkammer verurteilt worden ist. Serafin hätte seinerzeit einen Teil der Garderobe dem Angeklagten eingehändigt, der die Sachen wieder in einen Sack verpackte und in dem Getreidefelde seines Vaters versteckte. Das Gericht verurteilte den Angeklagten, der nach durchgeführter Verhandlung der Hehlerei überführt wurde, zu 6 Monaten Gefängnis mit 5jährigem Strafaufschub.

§ **Durch einen Sturz von der Leiter** hat sich heute vormittag gegen 9 Uhr die 15jährige Helene Wituska, Chausseestr. (Grunwaldzka) 101, eine tiefe Kopfwunde beigebracht. Sie wurde in das Städtische Krankenhaus eingeliefert, wo eine Operation vorgenommen werden mußte.

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Die **Deutsche Romantik** war eine Revolution des Geistes. Sie schuf ein Wort, das heute zu unserem Schicksal geworden ist: **„Volkstum"**. Ihr Feuer schlug zu den anderen Völkern über. Das Ausland suchte Anschluß an deutsches Dichten und Musizieren. Dieser „Deutschen Romantik" gilt der heutige „Deutsche Abend". Die Vortragsfolge ist abwechslungsreich. (1001

Eröffnungssitzung des Posener Stadtparlaments.

Posen, 6. Januar. Der gestrigen ersten Sitzung des neugewählten Stadtparlaments ging vormittags eine Festmesse unter Teilnahme der städtischen Körperschaften voraus. Die Abendsitzung eröffnete der Stadtpräsident Ratajski mit einer weit ausholenden Ansprache, die sich mit ziemlich gewagten kommunalpolitischen Zukunftsplänen befaßte. Als eine dringende Hauptaufgabe der städtischen Körperschaften bezeichnete er die Beschaffung gesunder Wohnungen für jedermann, nachdem durch die bisherigen städtischen Bauten nur 10 Prozent des Bedarfs gedeckt worden sind. In den ungesunden Restgebäuden der Landesausstellung 1929 (Lustiges Städtchen) sind nicht weniger als 1700 Personen untergebracht, für die gesündere und festere Wohnungen beschafft werden müssen. Die private Bautätigkeit, die in den letzten Jahren erfreulich zugenommen habe, verdiene dankbare Anerkennung. Der Stadt stehen 40 Hektar baureifes Gelände zur Anlage zweier großer Mustersiedlungen in Dembsen und Główno zur Verfügung. Geplant ist weiter der Ausbau des Solatscher Parks; die Inangriffnahme der Arbeiten für den Zentralfriedhof in Junikowo; die Erhöhung der Warthe- und der Cybinabrücke zwischen Główno und Gerberdamm; die Grundsteinlegung des neuen Stadtkrankenhauses in Jersitz; die Errichtung eines Pavillons für Geisteskranke und die Erweiterung des Eichwaldparks. In den nächsten Jahren müsse die Wasserleitungszentrale in Dembsen fertiggestellt werden. Das mit einem Kostenaufwande von 16 Millionen Zloty erbaute neue Elektrizitätswerk werde infolge der wirtschaftlichen Not gegenwärtig nur zur Hälfte ausgenutzt. Vielleicht komme bald die Zeit, das Elektrizitätswerk als Zentrale für die umliegenden Städte und Dörfer zu benutzen. Der demnächst einzubringende Stadthaushaltsvoranschlag für 1934/35 werde sich vom gegenwärtigen auch bezüglich der Steuereinkünfte wenig unterscheiden. Im außerordentlichen Voranschlag sei die Fortführung der Kanalisationsarbeiten und damit zugleich eine große Beseitigung der Arbeitslosennot geplant. Der Stadtpräsident wünschte den Stadtverordneten für ihre schweren Aufgaben treue Pflichterfüllung und vereidigte darauf die neuen Stadtverordneten. Es folgten die Kommissionswahlen.

Zum Schlusse interpellierte der Stadtv. Małkiewicz (Nationaldemokratie) über den neuen Straßenbahntarif, der in der Stadt wegen seiner Verschlechterung gegenüber dem bisher gültigen, schon viel böses Blut hervorgerufen hat. Der Stadtpräsident versprach, die Angelegenheit mit den zuständigen Stellen eingehend zu erörtern.

□ **Crone** (Koronowo), 8. Januar. Eingebrochen wurde bei dem Fleischermeister Rompalski in Prust-Bagnitz in die Räucherkammer. Die Diebe entwendeten Wurst, Speck und Schinken. Der Schaden beträgt mehrere 100 Zloty. Von den Tätern fehlt jede Spur. Außerdem wurde dem Fleischermeister ein Fahrrad gestohlen.

k. **Czarnikau (Czarnków), 6. Januar.** An der Vorflutbrücke in der Nähe der Schloßbrauerei wurden die Frau des Ingenieurs Mikeska und deren Mutter, Frau Kurowska, von zwei Banditen überfallen, die sich unter der Brücke versteckt hatten. Der Frau Mikeska wurde eine silberne Handtasche mit einigen Zloty Inhalt geraubt. Als die Frau Kurowska um Hilfe schrie, wurde sie von einem Banditen zu Boden geschlagen. Beide Banditen sind unerkannt entkommen.

z **Inowrocław**, 6. Januar. In der letzten Sitzung des landwirtschaftlichen Vereins „Kujawien" erstattete Geschäftsführer Klose Bericht von dem Antwortschreiben des Herrn Starosten in der Angelegenheit der erhöhten Einschätzung der Einkommensteuer. Danach wurden nochmals Fragen betreffs der Sozialversicherungen und besonders der Krankenversicherung in der Landwirtschaft erörtert, wobei Dr. Klusak-Posen Erläuterungen über das neue Gesetz und seine Ausführungsverordnungen gab. Zum Schluß wurde noch auf das am 17. Januar geplante Wintervergnügen hingewiesen.

i **Nakel,** 5. Januar. Die erste Sitzung der neugewählten Stadtverordneten-Versammlung eröffnete Bürgermeister Bobowski in Anwesenheit aller 24 Stadtverordneten, die er durch Händedruck verpflichtete. Als Mitglieder der Kommission der Städtischen Sparkasse wurden gewählt: Nowak, Saganowski und Szadkowski. Zu Kassenrevisoren wurden ernannt: Gawłowicz, Sroka, Judejko, als Kassenrevisoren der Kommunalkasse: Wika, Puncek, Skupniewicz, Budak und Gorczyca. Zur Kommission der öffentlichen Fürsorge wurden gewählt: Nowak, Budnik, Jankowski und Manasterny; zur Kommission der Krankenkasse: Gawłowicz und Marciniak, zur Budget-Kommission: Sroka, Szafran, Gawłowicz, Iłnicki, Szatkowski und Betowski. Man erörterte darauf die angeblich geplante Liquidation der Zuckerfabrik Nakel. Hierbei gab der Stadtverordnete und Vizedirektor der Zuckerfabrik Wiszniowski eine Erklärung ab, daß die Gerüchte nicht auf Wahrheit beruhten. Die Zuckerfabrik, so erklärte er, sei eine Aktiengesellschaft und sei daher nicht von der Zuckerfabrikanten-Vereinigung abhängig.

e **Sadke** (Sadki), Kreis Wirsitz, 6. Januar. In Samostrzel wurde auf dem Gelände der gräflichen Oberförsterei eine Treibjagd abgehalten; es wurden 200 Hasen, 20 Fasanen und zwei Füchse erlegt.

In Sadke stürzte der Besitzer Abraham in seinem Stalle beim Eindrehen einer elektrischen Birne vom Stuhl und zog sich einen Rippenbruch zu.

o. **Wongrowitz**, 8. Januar. Der letzte Vieh- und Pferdemarkt wies starken Auftrieb auf. Auf dem Viehmarkt herrschte recht flotter Handel. Junge hochtragende Kühe kosteten 250—300 Zloty, gute Mittelware wurde mit 150—200 Zloty gehandelt. Geringeres Vieh kostete 90 bis 140 Zloty. Dagegen war der Handel auf dem Pferdemarkt recht flau. Gute Pferde kosteten 250—300 Zloty, Mittelware 140—200 Zloty. Gute Ferkel kosteten nur 15 Zloty pro Paar, Mittelware 10—12 Zloty.

Bei dem Landwirt Rusin in Mokronos brach in der großen Scheune ein Feuer aus, das das Gebäude mit den Erntevorräten und landwirtschaftlichen Maschinen vernichtete. Der Schaden beträgt gegen 12 000 Zloty.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich der „Hausfreund" Nr. 5

Es hat Gott dem Herrn gefallen am 6. d. Mts. nach kurzem Leiden meinen innigst geliebten Mann, unseren herzensguten Vater, lieben Schwiegervater, unser gutes Opachen 559

Otto Kukuk

im Alter von 72 Jahren in die Ewigkeit abzurufen.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Antonie Kukuk geb. **Baehr** als Gattin
Herta Preuß
Maria Kukuk } als Töchter
Erna Stamer
Max Preuß
Fritz Stamer } als Schwiegersöhne
Christa, Brigitte und **Rosemarie** als Enkelkinder.

Bromberg, den 8. Januar 1934
Kujawska 72.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, **dem 10. d. Mts.**, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des alten evangelischen Friedhofes (Wilhelmstr.) aus statt.

Am 7. d. Mts. verschied unser früherer langjähriger Mitarbeiter, **Herr Zimmermeister**

Carl Pringnitz

im Alter von 74 Jahren.

Während seiner Zugehörigkeit zu unserem Geschäft hat er seine ganze Kraft selbstlos und treu in den Dienst des Unternehmens gestellt.

Wir werden ihm stets ein gutes Gedenken bewahren.

Baugeschäft H. Woköck

Nowe, den 7. Januar 1934. 1004

Beerdigung Donnerstag, den 11. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des ev. Friedhofes in Nowe.

Unerwartet verschied am 2. Januar in Berlin unser langjähriges Mitglied

Herr Oekonomierat

Max Kohnert.

Seit dem Jahre 1901 hat der Verstorbene 30 Jahre lang unserem Aufsichtsrat angehört, davon 16 Jahre in der Eigenschaft des Vorsitzenden. Während dieser Zeit hat er seine ganze Tatkraft und sein umfassendes Wissen uneigennützig in den Dienst unseres Unternehmens gestellt. Auch nach seinem aus Gesundheitsrücksichten erfolgten Austritt aus dem Aufsichtsrat hat er die Geschicke der Genossenschaft mit großem Interesse verfolgt und uns noch oft mit seinem Rat zur Seite gestanden. 991

Wir bewahren ihm ein dankbares Gedenken.

Ein- und Verkaufs-Genossenschaft Inowrocław.

Für die mir von allen Seiten in so überaus herzlicher Weise erwiesene Anteilnahme beim Heimgange meines teuren Entschlafenen spreche ich hiermit, insbesondere aber noch den Mitgliedern des Evgl. Kirchenchores, des M.-G.-Vereins „Einigkeit" und des Posaunenchores,

meinen wärmsten Dank

aus.

Rudolf Caspari

Świecie, den 8. Januar 1934. 1005

Bericht

über die Spenden von Bürgern, Firmen und Vereinen **zu Gunsten der Arbeitslosen** im Dezember 1933.

1. **Geldspenden:** P. P. T. Jwicki 20.—, Ing. Stenzel 30.—, Apt. Lakner 25.—, Apt. Rochoń 10.—, Dr. Józef Nowak 25.—, A. Hensel 50.—, Biergel 10.—, Ed. Pawłowski 100.—, Sierpiński 10.—, L. Sosnowski 43.50, Gen. Thomeé 10.—, Kośmieja 5.—, Doczekalska 5.—, Dr. Chełkowski 10.—, Szczepaniak 10.—, gefunden in der städt. Steuerkasse 36.—, Spendensammlg. d. Herrn Wróblewski 481,50 Złoty. **Firmen und Vereine**: Kaufleute der Lederbranche 40.—, Pomorski Związek Lekkoatletyczny 20.—, Kaftal i Sp. 10.—, Kabel Polski 100.—, Tramwaje Arbeiter-Abteilung) 25.55, Dziennik Bydgoski durch Kettenaktion 1200, **zusammen 2 276,55 Złoty.** Die Summe ist zur Arbeitslosenhilfe verbraucht worden. 1021

2. **Spenden in Natura:** P. P. Uliński 10 Brote, Stenzel 15 Brote, Bratnia Pomoc przy Szkole Przemysłowej 5,3 kg Brote, Ciechocki 1 kg Fleisch, Wedel 50 kg Erbsen, Chmielewski 50 Brote, Fa. „Mix" 200 kg Seife u. 200 Päckchen Seifenpulver, Chrześcijański Związek Czeladników Rzeźnickich w Rzeźni Miejskiej 90 kg Fleisch, J. Kunkiel 20 Brote, Bacon-Export 903 kg Fleisch incl. Knochen, Fleischabfälle wie Speckschwarten usw., Wedel i Sp. 4 kg Pfefferkuchen, A. Piliński 10 Ztr. Sauerkohl, Firma „Leo" P. P. Weynerowscy 50 Paar Schuhe, Fa. „Bata" 7 Paar Schuhe.

Allen Spendern sage ich hiermit herzlich. Dank.

Prezydent miasta (—) Barciszewski.

An- und Verkäufe

Wohnungen

Möbl. Zimmer

Pachtungen

Pensionen

Pommerellen.

8. Januar.

Graudenz (Grudziądz).

Einführung der Kirchenältesten und Gemeindevertreter.

Am Sonntag fand die feierliche Einführung der am 29. Oktober v. J. an Stelle der turnusmäßig ausgeschiedenen Hälfte sowohl der Mitglieder des Kirchenrats wie der Gemeinde-Vertretung neugewählten Kirchenältesten und Gemeindevertreter statt. Den feierlichen Akt vollzog nach der Predigt Pfarrer **Gürtler**, und zwar, wie er in seinen Einleitungsworten bemerkte, anstatt seines erkrankten Amtsbruders Pfarrer Dieball. Auf Röm. 12, 2—4 bezugnehmend, hielt der Geistliche an die durch das Vertrauen der Wähler in die kirchlichen Körperschaften Berufenen eine das Wesen, die Bedeutung und die rechte Art der Ausübung des wichtigen Amtes eines Kirchenältesten oder Gemeindevertreters eingehend beleuchtende Ansprache. Darin betonte er, daß die Jetztzeit im Gegensatz zu früher, als man die Funktionen der kirchlichen Körperschaftsangehörigen als fast ausschließlich verwaltungstechnischen Charakters betrachtete, eine weitergehende, höhere und mehr innerliche Auffassung von ihnen erwarte. Auf einen Vertrauensposten gestellt, müßten die jetzt ihre Tätigkeit Beginnenden nicht nur an die Würde ihres Amtes denken, sondern auch dessen Bürde gern auf sich nehmen, die mancherlei ernsten Pflichten, die ihnen obliegen, erfüllen und in Unterstützung des Pfarramtes zum inneren Aufbau des Gemeindelebens mithelfen.

Es folgte die Verpflichtung zunächst der Kirchenältesten und sodann der Gemeindevertreter. Den Kirchenältesten überreichte Pfarrer Gürtler ein von der Kirchenbehörde gewidmetes, auf Würde und Pflicht ihres Amtes Bezug habendes Gedenkblatt. *

Die Graudenzer Wahlproteste.

Neuwahl nur in einem Bezirk.

Aus Graudenz waren nach den Stadtverordneten-Wahlen am 26. November v. J. 9 **Wahlproteste eingereicht** worden. Davon sind vom Wojewoden 7 abgelehnt, und 2 berücksichtigt worden, und zwar im Bezirk 10 ganz, und im Bezirk 2 zum Teil. Im Bezirk 10 erfolgte die Ungültigkeitserklärung aus dem Grunde, daß die Hauptwahlkommission die von der Nationalen Arbeiterpartei eingereichte Kandidatenliste zu Unrecht für ungültig erklärt habe, und diese Ungültigkeitserklärung das Wahlergebnis hätte beeinflussen können. Im Bezirk 2 hat der Wojewode die Wahl des Arztes Dr. Kazimierz Korzeniewski für ungültig erklärt, weil dieser bis zur Wahl in Graudenz noch nicht das vorgeschriebene volle Jahr ansässig gewesen ist. Dr. K. ist zwar von der Hauptwahlkommission als staatlicher Funktionär anerkannt worden; es hat sich nach näherer Untersuchung jedoch erwiesen, daß Dr. K., obwohl er in der staatlichen Heilhilfe beschäftigt ist, dennoch keinen sein Dienstverhältnis normierenden schriftlichen Vertrag besitzt.

Im Wahlbezirk 10 werden in den nächsten Tagen neue Wahlen anberaumt werden. Dagegen erfolgt im Wahlbezirk 2 keine Neuwahl, sondern es tritt lediglich an Stelle des ausgeschiedenen Arztes Dr. Korzeniewski der der Reihenfolge nach zuständige Vertreter.

Betreffs der abgelehnten Proteste ist angenommen worden, daß sie keine Mängel enthalten, die auf Grund des Wahlreglements eine tatsächliche und ernstliche Unterlage zu geben vermöchten. *

× **Seinen 80. Geburtstag** konnte am Sonnabend, 6. Januar d. J., ein hiesiger bekannter Mitbürger, der frühere Landwirt und jetzige Privatier Gustav **Herzberg**, wohnhaft Prinzenstr. (Książęca) 1, begehen. Der Jubilar erfreut sich trotz seines hohen Alters noch großer physischer und geistiger Frische. Nachdem er fast 30 Jahre lang mit bestem Erfolge sein Besitztum in Rehwalde (Rywałd), Kr. Graudenz, bewirtschaftet hatte, zog er vor 23 Jahren nach Graudenz. Zahlreiche Glückwünsche und manche Aufmerksamkeiten bereiteten ihm und seiner Gattin herzliche Freude. *

× **Eine Arbeitslosen-Demonstration.** Am letzten Donnerstag waren die hiesigen Arbeitslosen wieder einmal auf dem in der Friedrichstr. (Moniuszki) befindlichen Arbeitsamt versammelt, um ihre Unterstützungen in Empfang zu nehmen. Bisher wurden an solchen 4, 3 und 2 Złoty ausgezahlt, und zwar abhängig von der Größe der Familie. Diesmal wurde den Erwerbslosen eröffnet, daß sie nur Sätze von 2, 1,50 und 1 Złoty erhalten sollten. Das erregte natürlich Unwillen, und so marschierten die Arbeitslosen in Stärke von etwa 2000 Mann vor das Rathaus, um dort die Erhöhung der Beträge auf die bisherigen Sätze zu erzielen. Der ins Rathaus geschickten Deputation wurde in Abwesenheit des Stadtpräsidenten vom Referenten Talarczyk das Versprechen abgegeben, daß der Magistrat sich bemühen werde, daß den Arbeitslosen wieder die Unterstützungsbeträge in alter Höhe ausgezahlt würden. Das hatte dann auch genügend besänftigende Wirkung, so daß es zu irgendwelchen Störungen der Ruhe und Ordnung nicht kam. *

× **Feueralarm** erscholl Sonnabend nachmittag 3¼ Uhr. Dessen Ursache war, daß in der Erdfruchtschen Behausung, Grabenstr. (Groblowa) 33, ein kleines Feuer entstanden war. Die Feuerwehr löschte den Brand in kurzer Zeit. *

× **Ein netter Almosensammler.** Vor dem hiesigen Bezirksgericht hatte sich am Donnerstag der 32jährige frühere Gerichtsbeamte Teofil **Michalski** von hier wegen betrügerischer Manipulationen zu verantworten. M. hat, wie die Ergebnisse der Untersuchung feststellten, einen Amtsstempel des Kreisstarostwo in Culm, sowie des Burg- und Kreisstarostwo in Thorn nachgemacht. Mit Sammellisten ging er dann angeblich für die geistigen Arbeitslosen umher, wobei er von Landwirten, Kaufleuten, Rechtsanwälten Gaben in Gesamthöhe von über 200 Złoty erhielt, die er sich aneignete. Bei seiner Sammlungsaktion berief er sich auf eine angebliche Empfehlung der Wojewodschaft. Während einer in der Wohnung des M. vorgenommenen Revision wurden noch mehrere solcher selbstgefertigten Listen, Stempel und Empfehlungen vorgefunden. Vor Gericht war der Angeklagte bezüglich der Fälschungen der Stempel und Dokumente geständig, ebenso dazu, das gesammelte Geld für sich verbraucht zu haben. Als Entschuldigung gab er an, aus Not gehandelt zu haben; er sei nicht imstande gewesen, seine Familie und sich zu ernähren. Seine Notlage erkannte der Gerichtshof auch als mildernden Umstand an, zog aber andererseits als straferschwerend in Betracht, daß der Angeklagte bereits vorher dreimal bestraft worden ist. Das Urteil lautete auf 7 Monate Gefängnis. *

t. **Der Sonnabend-Wochenmarkt** brachte wieder gute Zufuhr. Es war eine wesentliche Herabsenkung des Butterpreises festzustellen. Sie kostete 1—1,30, Eier 1,60—2, Weißkäse 0,10—0,50; Äpfel 0,35—0,60, trockene Pflaumen 0,80—1, Zitronen Stück 0,10, Apfelsinen 0,60 das Stück; Weißkohl 0,05, Rotkohl 0,10, Rosenkohl 0,25, Spinat 0,50—0,60, Salat Kopf 0,10, Zwiebeln 0,10, Wruken, rote Rüben, Pastinak 0,10, Mohrrüben, Grünzeug Bdch. 0,10, Kartoffeln Pfd. 0,03 bis 0,05; Gänse Pfd. 0,75—0,90, Enten Stück 2,50—4, Puten 4,50—6, Tauben Paar 1,00; Hasen 3,50; Karpfen Pfd. 0,80 bis 0,90, Hechte 1—1,20, Karauschen 0,70—0,80, frische Heringe 0,40, Breitlinge Pfd. 0,15, Sprotten 0,40. 1 Bdch. Tannengrün und Palm. Kätzchen erhielt man für 0,10, 8 Bdch. Kien 0,20. Der Geschäftsgang auf dem Markt ließ sehr zu wünschen übrig. *

Thorn (Toruń).

Landwirtschafts- und Agrarreform-Abteilung im Wojewodschaftsamt in Thorn.

Mit dem 1. Januar d. J. hat das **Bezirkslandamt in Graudenz** zu bestehen aufgehört und ist dem Pommerellischen Wojewodschaftsamt in Thorn einverleibt worden. Die bisherige Landwirtschaftsabteilung des Pommerellischen Wojewodschaftsamtes wurde mit dem bisherigen Bezirkslandamt zu einer neuen Abteilung verschmolzen, die die Bezeichnung trägt: „Landwirtschafts- und Agrarreform-Abteilung" (Wydział Rolnictwa i Reform Rolnych). Zum Direktor dieser Abteilung ist der Präses des fr. Bezirkslandamtes in Graudenz, Ingenieur Adam **Strzeszewski**, ernannt worden.

Die neue Landwirtschafts- und Agrarreform-Abteilung im Pommerellischen Wojewodschaftsamt setzt sich aus folgenden Abteilungen zusammen:

1. Abteilung Landwirtschaft; 2. Abteilung landwirtschaftliche Einrichtungen; 3. Finanzabteilung; 4. Abteilung Landwirtschaftskataster; 5. Wasser-Melioration; 6. Waldschutz-Inspektorat; 7. Tierheilkunde-Inspektorat; 8. Fischerei-Inspektorat.

Da die Räumlichkeiten im Gebäude des Wojewodschaftsamtes in Thorn nicht ausreichen, muß die Landwirtschafts- und Agrarreform-Abteilung in dem Gebäude des fr. Schulkuratoriums in der Schulstraße (Sienkiewicza) untergebracht werden. * *

v. **Standesamtliche Nachrichten.** In der Zeit vom 17. bis 23. Dezember v. J. gelangten beim hiesigen Standesamt 22 eheliche Geburten (10 Knaben und 12 Mädchen) und die unehelichen Geburten von 2 Knaben zur Anmeldung und Registrierung. Die Zahl der Todesfälle betrug 24 (14 männliche und 10 weibliche Personen), darunter 8 Erwachsene über 50 Jahre und 5 Kinder im ersten Lebensjahr. Im gleichen Zeitraum wurden 22 Eheschließungen vollzogen. * *

v. **60 neue Dreizimmer-Wohnungen.** Die Posener Versicherungsgesellschaft „Vesta" beginnt, wie wir erfahren, im Frühjahr d. J. in Thorn mit dem Bau eines großen Mietshauses mit 60 Dreizimmer-Wohnungen, und zwar auf dem bisher unbebauten Platz neben dem Gebäude der Staatlichen Forstdirektion in der Mellienstraße (ul. Mickiewicza). Der Baugrund wurde der genannten Gesellschaft von der Stadtverwaltung kostenlos zur Verfügung gestellt. * *

‡ **Unter Diebstahlsverdacht** wurden zwei Personen festgenommen und in Polizeiarrest gesetzt. Wegen Trunkenheit erfolgten zwei Sistierungen. — Zur Anzeige gelangten zwei kleine Diebstähle und ein Betrug, zur Protokollierung vier Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften und zwei Zuwiderhandlungen gegen sanitätspolizeiliche Bestimmungen. * *

v **Kohlendiebstähle** werden in letzter Zeit besonders auf dem Uferbahnhof wieder systematisch betrieben. Es lungern dort ständig eine Anzahl männliche und weibliche Personen herum, die, mit erstaunlicher Behendigkeit die Eisenbahnwaggons erkletternd, große Portionen Kohlen abwerfen und dann ihren Raub mit aller Ruhe in Sicherheit bringen. Das Charakteristische bei der Sache ist, daß derartige Massendiebstähle am hellen Tage unter den Augen der Bevölkerung ausgeführt werden können. Wie hierzu verlautet, wollen die in der Hauptsache Geschädigten, die Kohlenhändler, den Magistrat zur Anstellung eines speziellen Wächters auffordern. * *

v **Einer Diebesbande,** die in der Vorweihnachtszeit in Thorn und im benachbarten Podgorz eine Reihe von Geflügeldiebstählen ausführte, konnte jetzt durch die Polizei das unsaubere Handwerk gelegt werden. Die Mitglieder der Bande wurden ermittelt und festgenommen. Es sind dies: Alfred **Dybski**, Anton **Cichy** aus Podgorz und Bernard **Szymecki**. Ferner erfolgte die Verhaftung eines Alfred **Wlodarski**, der die Diebesbeute aufbewahrte und weiter veräußerte. Den Genannten konnten die Diebstähle bei Jan Łonia, ul. Bażynkich 6, Willi Heise, Jana Olbrachta 23, sowie bei der Frau des Feuerwerkers Kobot nachgewiesen werden. Die Verhafteten wurden sämtlich dem Gerichtsgefängnis zugeführt. * *

‡ **Der Freitag-Wochenmarkt** brachte sehr viel Butter zu 1,10—1,50, Eier zu 1,70—2,00, Pflaumenkreude zu 0,70 bis 0,90, sodann Gänse zu 4,00—7,00, Puten zu 3,00—5,00, Enten zu 2,00—3,50, Hühner zu 1,50—3,00, Tauben zu 0,50 bis 0,80, sehr viel Hasen zu 2,50—3,00. Weiß-, Rot- und Wirsingkohl kosteten pro Kopf 0,05—0,30, Rosenkohl 0,25 bis 0,35, Karotten 0,20, Mohrrüben 0,08, Zwiebeln 0,10 bis 0,20, Suppengemüse pro Bund 0,10—0,15, Kartoffeln pro Pfund 0,05; Äpfel 0,20—0,80, Backpflaumen 0,40—1,30, Nüsse 1,00—1,50, Weintrauben 1,50—2,00, Apfelsinen pro Stück 0,40—1,00 und Zitronen pro Stück 0,10—0,20 Złoty usw. — Auf dem Fischmarkt auf der Neustadt kosteten: Zander 2,00 bis 2,30, Karpfen lebend 1,50, tot 1,20—1,30, Schleie und Bressen 1,30, Hechte 1,10—1,30, Quabben 0,80, Barsche 0,50 bis 0,80, Neunaugen 0,60, Matjesheringe pro Stück 0,35 bis 0,45, Salzheringe pro Stück 0,07—0,20 Złoty. Die Märkte waren sehr gut beschickt, der Besuch war dagegen nur mittelmäßig. * *

ef. **Briesen** (Wąbrzeźno), 6. Januar. **Infolge Unvorsichtigkeit das Leben eingebüßt** hat die sechsjährige Tochter des Landwirts **Zakielski** in Treuhausen. Z. hatte sich von Hause entfernt und dabei vergessen, seine Jagdflinte zu verwahren. Sein siebenjähriges Söhnchen begann damit zu spielen, wobei ein Schuß fiel und die Schwester so unglücklich getroffen wurde, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Die hiesige Stadtverwaltung gibt auf dem Wege öffentlichen Wettbewerbs den Aufbau der unlängst niedergebrannten weiblichen Volksschule aus. Kostenanschläge sind im städtischen Bauamt einzusehen. Offerten müssen bis zum 10. d. M., 10 Uhr vormittags, im Magistrat, Zimmer 8, abgegeben werden. Die Stadtverwaltung behält sich das Recht der freien Auswahl vor.

d **Gdingen** (Gdynia), 7. Januar. Eine gefährliche **Einbrecherbande** konnte gestern von der Polizei unschädlich gemacht werden, wobei drei vorbestrafte Einbrecher **Stolarczyk**, **Ibrun** und **Matych** verhaftet werden konnten. Die polizeilichen Untersuchungen ergaben, daß die Genannten hier zahlreiche Einbrüche verübt hatten, wobei sie zum Schaden des Fischers J. Nadolski etwa 10 000 Złoty Bargeld, zum Schaden des Kaufmanns Czarnota größere Mengen Tabakwaren usw. gestohlen haben. Ein Teil der Diebesbeute wurde bei den Tätern noch aufgefunden.

Die Zahl der hiesigen Arbeitslosen betrug im vergangenen Monat 1583 Personen und ist im Vergleich zum Monat November um 923 Personen **gestiegen**.

Infolge leichtsinnigen Hantierens mit einer Schußwaffe wurde S. **Szczesniak** aus Oxhöft erheblich verletzt. Eine Revolverkugel traf den Genannten in den Unterleib, verwundete ihn jedoch nicht lebensgefährlich.

Feuer entstand gestern in der Wohnung des August **Budzisz** in Grabowken, wo durch eine Kerze die Gardinen in Brand geraten waren. Das Feuer erfaßte die nahe stehenden Polstermöbel, die vernichtet wurden. Dank schneller Hilfe konnte der Brand bald gelöscht werden. Der entstandene Sachschaden ist recht bedeutend. — Infolge Undichtigkeit des Schornsteins brach **Feuer** in der Wohnbaracke des Fr. **Klein** in der Danzigerstraße aus. Das Dach wurde ein Raub der Flammen. Die Möbel, die auf dem Boden standen, wurden gänzlich zerstört. Der entstandene Sachschaden beträgt etwa 600 Złoty.

n. **Goßlershausen** (Jabłonowo), 6. Januar. Der letzte **Wochenmarkt** zeigte mittleren Verkehr. Für Butter wurden 0,90—1,10, für Eier 1,70—1,80 pro Mandel notiert. Für Kartoffeln zahlte man 1,50—2,00 Złoty pro Zentner. Auf dem Schweinemarkt war das Angebot nicht groß. Fettschweine brachten 38—40 Złoty pro Zentner, Baconschweine 34—36 Złoty pro Zentner. Für Absatzferkel wurden 20 bis 25 Złoty pro Paar gezahlt.

Auf der Herrn Erich Sontowski gehörenden Gemeindejagd in Kamin wurden von 9 Schützen 33 Hasen erlegt. Jagdkönig wurde Herr **Scherpe**-Konojath mit 5 Hasen.

tz. **Konitz** (Chojnice), 6. Januar. Der **Wochenmarkt** war gut besucht. Butter kostete 1,00—1,40, Eier 2,00—2,10, Weißkäse 0,20. Ferkel brachten 14,00—18,00 Złoty.

Auf frischer Tat wurde ein **Dieb** gefaßt, der dem Spediteur **Borkenhagen** eine größere Menge Wruken stahl. — Zwei Eisenbahndiebe, die versuchten, einen Waggon zu erbrechen, konnten von der Polizei dingfest gemacht werden.

Die Laienspielgruppe des Verbandes für Jugendpflege, die mit so großem Erfolge in Konitz gastierte, spielte am Mittwoch in **Lichnau** und am Donnerstag in **Görsdorf**. Überall fand sie ausverkaufte Häuser und brausender Beifall dankte für die Darbietungen.

Unangenehme Folgen hatte eine Zeugenaussage des Ignatz **Dobraszak** aus Konitz, der vor dem Konitzer Bezirksgericht unter Eid aussagte, daß der wegen Diebstahls von 3 Zentner Roggen zu 6 Monaten Gefängnis verurteilte Alfons **Walczak** diesen Roggen von einem unbekannten Landwirt gekauft habe. Der Bestohlene erkannte seinen Roggen wieder und D. wurde wegen Meineids verhaftet und ins Gefängnis eingeliefert.

⚌ **Neuenburg (Nowe), 6. Januar.** Dem Burggericht zugeführt wurde Jan Kraiński aus Plochocinek, Kreis Schwetz, der als der Verüber eines am 28. Dezember erfolgten Überfalles auf eine 63 Jahre alte Frau ermittelt worden ist.

p **Neustadt (Wejherowo), 6. Januar.** Der letzte Krammarkt war nur mäßig beliefert, Schuh- und Böttcherwaren und anderes sah man nicht. Der Verkehr war schwach, gekauft wurden genügend Woll-, Halbwollstoffe und billige Fertigkleidungsstücke. Auf dem Vieh- und Pferdemarkt herrschte ganz geringer Auftrieb.

Auf dem hiesigen Standesamt wurden in der Zeit vom 1. bis 15. Dezember gemeldet: 15 Geburten männlichen und 2 weiblichen Geschlechts, 15 Todesfälle und 1 Eheschließung.

* **Topolinek, 6. Januar.** Eine seltene Jubiläumsfeier fand im Saale des Herrn Pollitz in Topolinek statt. Der Milchfahrer Otto Fisch aus Topolinek, Kreis Schwetz, feierte sein 25jähriges Berufsjubiläum. Er hatte ununterbrochen in dieser Zeit die Milch mit Sammelwagen von 55 Lieferanten zur Molkereigenossenschaft Grutschno gefahren. Es hatten sich zur Feier zirka 100 Personen eingefunden. Molkereidirektor Schüler eröffnete dieselbe mit einer auf diese seltene Feier hinweisenden Ansprache. Vom Vorsitzenden der Molkereigenossenschaft und von den betr. Milchlieferanten wurden dem Jubilar wertvolle Geschenke überreicht. Die Feier nahm einen fröhlichen Verlauf und endete mit dem üblichen Tanz am frühen Morgen.

Oberpräsident Koch über neue Linien im Ostraum.

Preußischer Sozialismus und Außenpolitik.

In der von ihm selbst gegründeten „Preußischen Zeitung" in Königsberg, dem führenden Organ der nationalsozialistischen Bewegung in Ostpreußen, hat der Gauleiter und Oberpräsident **Erich Koch**, zur Jahreswende einen programmatischen Aufsatz über die **neuen Linien der deutschen Ostraum-Politik** veröffentlicht, der unsere ganz besondere Beachtung verdient. Wenn wir diese Ausführungen auch nicht in ihrem ganzen Umfang — er beträgt nahezu zwei Zeitungsseiten — wiederholen können, so möchten wir doch die wesentlichen Gedankengänge unseren Lesern nicht vorenthalten.

Oberpräsident Koch beschreibt zunächst, wie die Welt durch eine verlogene Pressehetze irregeleitet, das Gesicht des Dritten Reiches, vor allem auch sein außenpolitisches Gesicht nicht gleich verstand, bis der Führer jener Verlogenheit klar und deutlich seine Ruhe gegenübersetzte. Es heißt dann wörtlich weiter:

„Unzweifelhaft muß es anerkannt werden, daß auch in anderen Ländern weitblickende Staatsmänner wie z. B. Pilsudski, Mussolini, Kemal Pascha und Göbös sich durch diese jüdische Weltoffensive nicht aus der Ruhe bringen ließen, aber das Hauptverdienst an der fortschreitenden Stabilisierung kommt doch unserm Führer ganz persönlich zu.

Der erste Schritt in der neuen Richtung wurde damals durch den Danziger Senatspräsidenten Rauschning getan,

der, sofort nachdem er als Nationalsozialist die Regierung der Freien Stadt Danzig übernommen hatte, sich in direkte Verhandlungen mit Polen begab. Damals war das eine Sensation.

Während alle Welt gesagt hatte: „Wenn die Nazis ans Ruder kommen, gibt es einen Weltbrand", zeigte sich nun, daß gerade der Nationalsozialismus seine Machtübernahme dazu benutzte, um unter vollem Einsatz seiner Autorität für den Frieden zu wirken. Bereits der erste Rauschning-Besuch in Warschau führte zur Entgiftung der durch die frühere deutschnationale Regierung einerseits und durch das polnische Danziger Konsulat andererseits geschaffenen gefährlichen und durch mancherlei Zwischenfälle gesteigerten Spannung zwischen Danzig und Polen. Die Polnische Regierung hat diesen Besuch umgehend erwidert und damit ihrerseits zu erkennen gegeben, daß auch sie an dieser neuen Linie interessiert war.

Es ist ein geschichtliches Ereignis allerersten Ranges, daß während des ganzen Jahres 1933 diese Friedenslinie gegenüber Polen konsequent von beiden Seiten her weiter verfolgt worden ist und ich verrate keine Geheimnisse, wenn ich sage, daß das auch während des kommenden Jahres so sein wird.

Die Ausmaße dieser neuen Friedenslinie gingen verhältnismäßig bald auch auf die unmittelbaren Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Polen über. Unser Führer hat mit dem neuen polnischen Gesandten in Berlin, Herrn Lipski, sehr konkrete und offene Aussprachen gehabt, deren Programm deutscherseits vollkommen klar erkennbar war: Deutschland ist gewillt, mit Polen in Ruhe und Frieden zu leben, es ist bereit, diesem Ziel, von dem ja nicht nur Deutschland und Polen allein, sondern sämtliche Mächte des Ostens profitieren und von dem sie überhaupt in ihren Existenzmöglichkeiten abhängen, große Opfer zu bringen, aber es kann natürlich nicht bereit sein, dabei sein natürliches Recht auf die Wiederherstellung der Unteilbarkeit des preußischen Raumes preiszugeben. Jedoch wird diese Frage, wie gesagt, nur auf friedlichem und direktem Verhandlungswege geklärt werden. Damit hat der Führer, der in seiner denkwürdigen großen außenpolitischen Rede vom 17. Mai sein außenpolitisches Programm umriß, noch einmal ganz klar das ausgesprochen, was wir ostpreußischen Nationalsozialisten bereits zu der Zeit, wo wir noch in der Opposition standen, immer wieder gesagt hatten.

Es verlohnt sich schon, diese deutsch-polnische Politik, die geradezu

das Kernstück der neuen Friedenspolitik des Nationalsozialismus

in sich schließt, einer genaueren Betrachtung zu unterziehen. Wir können nicht zu einer nüchternen und schlüssigen Betrachtung dieser Politik vorstoßen, wenn wir nicht auch versuchen, die Dinge gleichzeitig einmal von Polen aus zu betrachten.

Die polnische Außenpolitik bestand unter Zaleski in bloßer Vasallenpolitik für den mächtigen französischen Patenstaat.

Es kam hinzu, daß man in Polen glaubte, das in zahllose Parteien zerrissene deutsche Volk werde sobald kein Machtfaktor werden, mit dem sich etwas anfangen ließe und daß, als innerhalb des deutschen Volkes die nationalsozialistische Oppositino stärker und stärker wurde, man polnischerseits ganz falsche Vorstellungen über Sinn und Wesen dieses deutschen Nationalsozialismus hatte. Wobei bemerkt sein soll, daß ein nicht unerheblicher Restbestand dieser falschen Vorstellungen auch heute noch in der älteren polnischen Generation vorhanden ist.

Das etwa war die Situation, die der Oberst Josef Beck vorfand, als er das Außenministerium Polens übernahm. Er hat seine Aufgabe darin gesehen, die polnische Politik zunächst einmal unabhängig zu machen.

Nachdem er einige zwecklose und wohl auch den räumlichen Divergenzen zwischen Nordost- und Südostpolitik nicht gerecht werdende Schritte nach Rom unternommen hatte, kam er mit Rußland zum Zuge. Es war eine sehr geschickte und sehr großzügige Arbeit, die Beck da vollbrachte, als er den russisch-polnischen Nichtangriffspakt im Zusammenhang mit den übrigen Ostpakten unter Dach und Fach bringen konnte. Denn zwischen Rußland und Polen bestanden immerhin Spannungen, die kaum kleiner waren, als die Spannungen zwischen Polen und Deutschland, ja, wenn man die Dinge historisch nimmt, waren diese Spannungen sogar sehr viel schwerwiegender. Denn während es

niemals in der Geschichte einen Krieg zwischen Polen und Preußen

gegeben hat, war der letzte polnisch-russische Krieg immerhin erst im Jahre 1920 gewesen. Und man kann auch nicht behaupten, daß etwa die gewiß nicht leicht zu nehmende oberschlesische Frage ernster für Polen gelegen hätte als die ukrainische, die nachher der eigentliche Anlaß der russisch-polnischen Ausgleichung wurde.

Als nun die Tatsache der russisch-polnischen Ausgleichung bekannt wurde, sagte die Welt: „Warschau und Moskau haben sich gegen Deutschland geeinigt. Was werden jetzt die Deutschen tun? Was wird Adolf Hitler in seiner Verlegenheit beginnen?" Aber es zeigte sich wieder einmal, daß die Welt, auf der noch der Nebel des freimaurerischen Zeitalters lag, sich grundlegend in der politischen Psychologie des deutschen Nationalsozialismus verrechnete. Denn

Adolf Hitler war durchaus nicht in Verlegenheit.

Sondern der Führer des neuen Deutschland, der am 17. Mai deutlich und für jedermann verständlich erklärt hatte, daß der notwendige Kampf gegen den deutschen Kommunismus ihn durchaus nicht abhalten würde, gute und korrekte außenpolitische Beziehungen zu Rußland zu halten, und der durch die Verlängerung des deutsch-russischen Rapallo-Vertrages dieses bedeutsame Wort dann auch wahr gemacht hatte, ließ nun die Welt durch seine Presse etwa folgendes erklären: „Wir deutschen Nationalsozialisten begrüßen grundsätzlich jedes Ereignis, durch das eine Spannung zwischen zwei Völkern ausgeglichen wird. Den Ausgleich der Spannung zwischen Polen und Rußland begrüßen wir deshalb, weil unsere deutsch-polnische Friedenspolitik in keiner Weise mit unseren ehrlichen Absichten gegenüber Rußland kollidiert." Woraufhin sich die „Welt" wieder einmal an die Nase faßte, um festzustellen, daß das deutsche Volk unter Adolf Hitler doch durchaus nicht so einfältig in außenpolitischer Beziehung war, wie die zünftigen Diplomaten des Westens das angenommen hatten.

So haben wir eine gesunde und einfache Linie in der Außenpolitik entwickelt, indem wir gesagt haben:

die deutsche nationalsozialistische Außenpolitik braucht Polen und Rußland

und sie braucht darüber hinaus auch gute Beziehungen zu den jungen baltischen Völkern und zur Tschechoslowakei. Wenn wir also zu einer umfassenden und sicheren Beurteilung der polnischen Politik kommen wollen, dann müssen wir neben dem polnisch-russischen auch das deutsch-russische Verhältnis betrachten und entwickeln.

Das deutsch-russische Verhältnis ist, wenn wir den Dingen auf den Grund gehen wollen, weit über hundert Jahre alt.

Es datiert über alle möglichen Schwankungen hin eigentlich von dem Tage an, wo die historische Schwenkung Peters III. „von Wien weg und zu Preußen hin" das glückliche Ende des Siebenjährigen Krieges ermöglicht hatte. Es führt sich dann — immer auf dem Verhältnis Preußen—Rußland aufbauend — über das 19. Jahrhundert weiter, in dem, so 1815, 1864, 1866 und 1870/71 die preußische Großmacht ihre Entwicklung zum Reich unter russischer Rückendeckung vollzogen hatte. Nachdem eine Monarchie, die den Sinn ihrer eigenen preußisch-sozialistischen Voraussetzungen auch gerade auf außenpolitischem Gebiet verlor, den Rücksicherungsvertrag preisgegeben hatte, und es zur französisch-russischen Verständigung auf der Rede von Reval im Jahre 1904 kommen ließ, blieb diese Linie ein halbes Menschenalter verschüttet.

Das alte Rußland ging während dieser Zeit an seiner Allianz mit dem Westen zugrunde, aber bereits 1919 machte die deutsche Außenpolitik unter Brockdorff-Rantzau den Versuch, mit Stützung durch Rußland den Kampf gegen den Versailler Schandvertrag zu führen. Dieser kühne Gedanke mißlang aus zwei Gründen, einmal, weil das deutsche Volk damals noch nicht durch die Erziehung seines großen Lehrmeisters Adolf Hitler gegangen war, der es erweckte und zugleich gegen jede kommunistische Beeinflussung immun machte, und zum andern, weil die polnische Frage dazwischen stand. Erst heute, wo wir uns bewußt darauf berufen, daß der Polnische Staat, wenn wir ihn auch niemals mit der gegenwärtigen Grenzziehung gewollt haben, durch deutsche Bataillone gegründet ist, erst heute, wo wir dank der russisch-polnischen Annäherung die Möglichkeit haben, auch auf einer Linie Berlin—Warschau—Moskau zu arbeiten, ist die russische Frage im Rahmen der großen Gesamtpolitik diskutabel.

So gesehen, können wir uns gemeinsam mit den Auslassungen der polnischen Regierungspresse darüber freuen, daß Rußland während des abgelaufenen Jahres ganz wesentliche außenpolitische Fortschritte gemacht hat.

Dazu rechnen wir nacheinander die Ostpakte, die Litwinow mit seinen sämtlichen westlichen Nachbarstaaten schloß, während im Londoner Nebel die kapitalistischen Wiederbelebungsversuche der sogenannten Weltwirtschaftskonferenz starteten, dazu rechnen wir ferner die bereits erwähnten polnisch-russischen Verträge, ferner vor allem die Anerkennung Rußlands durch die Vereinigten Staaten mit dem auch für uns sehr nützlichen Zweck einer erheblichen Verminderung der fernöstlichen Konfliktsgefahren, dazu rechnen wir endlich die erneute Festigung des bereits seit 1920 ungetrübt bestehenden Freundschaftsverhältnisses zwischen der Türkei des großen Nationalisten Kemal Pascha und der Sowjetunion und schließlich den römischen Litwinow-Besuch.

So sehen wir das polnisch-deutsche Friedensproblem schärfer, wenn wir es unter gleichzeitiger Betrachtung des deutsch-russischen Problems messen. Wir glauben fest daran, daß diese Politik in sich ein inneres Wachstum trägt, das sie zu einem glücklichen Ende kommen läßt. Polen hat, wenn wir nur einmal an Wilna und die damit zusammenhängende weißrussische Frage erinnern, am eigenen Leibe erfahren, was es heißt, organisch gewordene Räume zu zerstückeln. Polen ist andererseits ebenso daran interessiert, das oberschlesische Problem befriedigend zu klären, wie es daran interessiert sein mußte, gegenüber Rußland mit dem ukrainischen Problem zur Ruhe zu kommen. Es hat einen Sinn, wenn wir gerade von Ostpreußen aus auf Oberschlesien blicken. Denn jede Lösung, bei der über die Weichselfrage und Westpreußen etwas vereinbart würde, ohne daß zugleich auch die offene Schwierigkeit in Oberschlesien irgendwie zu einer Klärung kommt, würde die Bedeutung einer zahnärztlichen Operation haben, bei der zwar die Krone des Zahnes entfernt wird, die Wurzel aber sitzen bleibt. Wir wissen, daß diese Endlösung nicht heute oder morgen kommen wird, und unser Ausblick ins Jahr 1934 ist der einer Politik, die sich auf Warten und organisches Wachstum und eine grundlegende psychologische Vorbereitung einstellt. Wir haben die

deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen

ebenso als einen nützlichen Beitrag zu dieser Politik zu werten, wie wir andererseits in jeder Pressestimme, in jedem Besuch von Journalisten und Politikern, die hüben und drüben für die große Endlösung wirken, an deren Enden

zwei so großzügige Politiker wie Adolf Hitler und Josef Pilsudski

stehen, einen weiteren Schritt nach vorn erblicken. Wir sind keine Gefühlspolitiker. Wir lehnen alle Ideologien ab, seien sie polnische, russische oder sonstige Ideologien. Wir rechnen damit, daß auf dem Wege, der vor uns liegt, noch mancher Rückschlag kommen wird, aber wir kalkulieren diese Rückschläge ein.

Wir wissen, daß beispielsweise ein Teil der nationaldemokratischen polnischen Oppositionspresse bewußt gegen diese Friedenspolitik arbeitet, aber wir lehnen es um so deutlicher ab, uns dadurch irgendwie beirren zu lassen. Wenn z. B. Zeitungen wie die „Gazeta Warszawska" und das „ABC" meinen, daß mein Artikel „Die Außenpolitik der Frotkämpfer" unter „föderativer Ostpolitik" eine Politik anstrebte, bei der Deutschland zwar den Frieden wolle, aber unter dem Schutze dieses Friedens eine Politik betriebe, bei der es plane, den gesamten Ostraum friedlich mit seinen Menschen, seinen Siedlern vor allem, zu durchsetzen, so stelle ich nur ganz sachlich das Utopische dieses Gedankenganges fest. Denn Deutschland, das in seinen Ostlandschaften eine Bevölkerungsdichte hat, die halb so groß ist wie die von Westdeutschland, könnte eine solche Politik selbst dann nicht treiben, wenn es das wollte. Ostpreußen hat seit den Gründerjahren über anderthalb Millionen Menschen verloren.

Wir werden Jahrzehnte zu tun haben, ehe das Gesicht des deutschen Volkes wieder in den Osten gewandt ist und zugleich die Bevölkerungskapazität des Ostens wieder tragfähig und gesund sein wird.

Wie sollten wir da auf den Gedanken kommen können, unsere Menschen vor unsere Landesgrenzen zu senden? Dies ganz abgesehen davon, daß wir auch innerhalb unseres Reichsneubaus gar nicht daran denken, zu germanisieren.

Bei uns steht die Wirtschaftspolitik natürlich in enger Verflechtung mit der Außenpolitik, aber wenn wir vom Jahr 1934 eine Hebung der ostpreußischen Bevölkerungskapazität und mit Hilfe reichsgesetzlicher Maßnahmen eine erste Ansiedlung landwirtschaftlicher Industrien erwarten, so ist daran schließlich

der gesamte Ostraum im weitesten Sinne interessiert; auch der polnische.

Denn Hand in Hand mit jedem außenpolitischen Fortschritt

in unserer Friedenspolitik wird schließlich auch ein entsprechender wirtschaftlicher Interessenausgleich zwischen den beteiligten Mächten gehen. Es wird schließlich dahin kommen, daß alle Ostmächte zwischen Rhein und Stillem Ozean, zwischen Finnland und Schwarzem Meer, in den großen Fragen gemeinsam berührt werden. Das und nichts anderes verstehen wir unter föderativer Politik. Die Anfänge dieser Politik sind im übrigen gleichermaßen in den Ostpakten und im polnisch-russischen Gespräch, wie in der Verlängerung von Rapallo, dem deutsch-polnischen Gespräch und den Rauschning-Aktionen zu sehen. Wir wissen, daß, wenn gewisse nationaldemokratische Kreise gegen diese Politik arbeiten, sie das nicht könnten, wenn nicht die polnische Politik gewisse Rückendeckungen im nationaldemokratischen Lager hätte.

Aber hat nicht die Nationaldemokratie eine Jugend, die wie überall die Jugend, sich zu neuen Zielen aufgeschlossener bekennt, als die Generation der Väter mit den Erlebnissen der Jahrhundertwende?"

„An uns Ostpreußen wird immer deutlicher das Schicksal des Nationalsozialismus als Sendung des außenpolitischen Sozialismus von Frieden und Gleichberechtigung offenbar. Unsere Arbeit wird dadurch in ihrer Verantwortung immer größer, in ihren Funktionen immer einfacher. Sie entlastet sich immer mehr von allen inneren Reibungen, zumal von allen Hemmnissen bureaukratischer Art. Die politische Organisation des Gaues Ostpreußen, die meinen ganzen Werdegang getragen hat und die stets, solange ich an verantwortlicher Stelle stehe, das Fundament meiner politischen Arbeit sein wird, ist dabei, sich der ungeheuren Aufgabe zu unterziehen, diese Außenpolitik dem letzten Amtswalter verständlich, sie zum Gewissen der ganzen Landschaft zu machen. Unsere ostpreußische SA. und SS. sind die Träger einer Ordnung und Disziplin geworden, die sich bewußt ist, daß sie von einer ganzen Welt aufs Schärfste beobachtet und vielleicht bald nachgeahmt wird. Wir haben die Reaktion vernichtet, weil wir wußten, daß der Weg zu dieser neuen Friedenspolitik, dieser Außenpolitik, die letztlich unser Schicksal offenbart, nur über den jungen empfängnisbereiten außenpolitischen Sozialismus gehen kann.

So treten wir denn in das neue Jahr, geformt durch ein großes außenpolitisches Schicksal und im Bewußtsein unserer preußischen Verantwortung.

Rundfunk-Programm.

Dienstag, den 9. Januar.

Deutschlandsender.
06.35: Konzert. 08.45: Leibesübungen. 10.10: Schulfunk: „Ferdinand von Schill". Ein Hörspiel. 10.50: Fröhlicher Kindergarten. 11.15: Seewetterbericht. 11.30: „Erleben — Gestalten — Erleben". Irmgard von Stein und Bildhauer Otto Placzek sprechen über Schaffen des Künstlers für sein Volk. 11.50: Zeitfunk. 12.00: Wetter. Anschl.: Konzert (Schallplatten). 13.45: Neueste Nachrichten. 14.00: Italienische Schallplattenstunde. 15.00: Für die Frau. 15.45: Tiergeschichten. 16.00: Konzert. 17.00: Jugendstunde. 17.30: Musik unserer Zeit. 18.05: Reisen und Abenteuer. 18.25: Hauptschriftleiter Hans Fritzsche: Politische Zeitungsschau. 18.45: Wetter. Anschl.: Kurzbericht des Drahtlosen Dienstes. 19.00: **Stunde der Nation. Schubert: Aus der „Winterreise".** 20.00: Louis Wirth, Vorstandsmitglied der Berliner Börse: Das deutsche Bankgewerbe und die Gleichberechtigung. 20.10: Felix Draeseke: Einführung in das Oratorium „Christus". 20.15: Aus der Philharmonie, Berlin: **Draeseke: Oratorium „Christus".** 22.00: Nachrichten. Anschl.: Kl. Schallplattenkonzert. 22.45: Seewetterbericht. 23.00—24.00: Nachtmusik.

Breslau-Gleiwitz.
06.45: Konzert. 07.25: Konzert. 12.00: Konzert. 13.25: Heinrich Schlusnus singt (Schallplatten). 15.35: Kinderfunk. 16.00: Konzert. 18.30: Zeitdienst. 19.00: **Stunde der Nation. Schubert: Aus der „Winterreise".** 20.20: **Der Brandner Kaspar schaut ins Paradies.** 21.20: **Die tanzende Welle.** 22.55—00.30: Nachtmusik.

Königsberg-Danzig.
06.35: Konzert. 08.00: Morgenandacht. 08.30—09.00: Gymnastik. 11.30: Konzert. 13.05: Schallplatten. 16.00: Konzert. 18.00: Unsere Turnlehrer unterhalten sich! 19.00: **Stunde der Nation. Schubert: Aus der „Winterreise".** Hans Eggert, Bariton. Erich Seidler, Klavier. 20.00: Nachrichten. 20.05: **Wir arbeiten des Nachts.** 21.00: **Orchesterkonzert.** 22.00: Nachrichten.

Leipzig.
07.25: Konzert. 10.00: Schulfunk. 13.25: Heinrich Schlusnus singt. 14.00: Nachrichten. 14.15: Aus dem Schaffen deutscher Verlage. 14.30: Jugendstunde. 15.00: Ungarische Klaviermusik. 18.30: Zeitfunk. 19.00: **Stunde der Nation. Schubert: Aus der „Winterreise".** 20.00: Louis Wirth, Vorstandsmitglied der Berliner Börse: Das deutsche Bankgewerbe und die Gleichberechtigung. 20.20: **„Pflüger und Krieger"**, eine literarisch-musikalische Folge chinesischer Lieder und Gedichte. 21.10: **Die tanzende Welle.** 22.20: Nachrichten. 22.55: Nachtmusik. 24.00—00.30: Militärmusik (Schallplatten).

Warschau.
07.20: Schallplatten. 07.40: Schallplatten. 12.05: Salonmusik. 12.38—13.00: Salonmusik. 15.40: Tanzmusik (Schallplatten. 16.55: Schallplatten. 17.05: Kammermusik. Rachmaninoff: Klaviertrio D-Moll, Op. 9, dem Andenken Tschaikowskys gewidmet. 18.20: Leichte Chorgesänge. 20.00: **„Der Bettelstudent"**, Operette von Millöcker. 22.45: Tanzmusik. 23.05: Tanzmusik.

Mittwoch, den 10. Januar.

Deutschlandsender.
06.35: Konzert. 08.45: Leibesübung. 09.00: Schulfunk. 09.40: Kindergymnastik. 10.00: Nachrichten. 10.10: Konzert. 11.15: Seewetterbericht. 11.30: Stunde der Hausfrau: Praktische Ausführung von Diätverordnungen, Zwiegespräch. 12.00: Wetter. Anschl.: Volksmusik (Schallplatten). 14.00: Konzert (Schallplatten). 14.45: Kinderstunde. 15.45: Tiergeschichten. 16.00 Konzert. 17.00: Heitere Plauderei. 17.25: Studenten im Arbeitsdienst. 17.40: Nordische Musik. 18.00: Das Gedicht. 18.05: Was uns bewegt. 18.30: Deutsch für Deutsche. 18.50: Wetter. 19.00: **Stunde der Nation. Arbeit als deutsches Schicksal.** 20.10: **Österreichisches Konzert.** 22.00: Nachrichten. 22.45: Seewetterbericht. 23.00: „Beflügelte" Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz.
06.45: Konzert. 07.25: Konzert. 09.00: Frauengymnastik. 10.10 bis 10.40: Schulfunk. 12.00: Konzert. 13.25: Konzert. 15.10: Erich Mytzka: Der „Große König" sorgt für Arbeit in unserem Grenzland Schlesien. 15.30: Pädagogische Arbeitsgemeinschaft. 16.00: Konzert. 18.10: Brahms: Liebeslieder. 19.00: **Stunder der Nation. Arbeit als deutsches Schicksal.** 20.10: **Österreichisches Konzert.** 22.35: Die Musik der Oper: **Die Regimentstochter** oder **Marie, die Tochter des Regiments.** 23.30—00.30: Nachtkonzert.

Königsberg-Danzig.
06.35: Konzert. 11.30: Konzert. 13.05: Schallplatten. 15.25: Kinderfunk. 16.00: Konzert. 16.50: Schwarz und weiß. 18.00: Eltern- und Lehrerstunde. 18.25: Kleine Stücke großer Meister. 19.00: **Stunde der Nation. Arbeit als deutsches Schicksal.** 20.00: Nachrichten. 20.05: **Graz, die Stadt der deutschen Südmark.** 21.00: **Weisen und Tänze aus den Bergen.** 22.00: Nachrichten. 22.30—24.00: Tanzmusik.

Leipzig.
06.45: Konzert. 07.25: Konzert. 11.50: Nachrichten. 12.00: Konzert. 14.15—14.35: Nordische Sagenreihe. 14.50: Jugendnachmittag. 16.00: Konzert. 17.50: „Zu Unrecht unbekannt". Eine hausmusikalische Wiedererweckung. 18.30: Winterfreuden. 19.00: **Stunde der Nation: Arbeit als deutsches Schicksal.** 20.10: **Österreichisches Konzert.** 22.00: Nachrichten.

Warschau.
07.00: Choral. 07.40: Schallplatten. 12.00: Schallplatten. 12.38: Schallplatten. 15.40: Klaviervortrag. 16.55: Konzert. 17.20: Cellokonzert. 20.00: **Konzert.** 21.15: Violinvortrag. 22.20: Tanzmusik.

*

„An der Weichsel gegen Osten . . ."

Ausbau des Danziger Senders.

Nachdem der Danziger Sender seit Jahren nur das Königsberger Rundfunkprogramm übertragen hat, weil er größere Sendungen nicht bestreiten konnte, soll jetzt auf Anregung der Reichssendeleitung ein Ausbau des Programms erfolgen. Der Ostmarken-Rundfunk hat mit der Abteilung für Volksaufklärung und Propaganda des Danziger Senats ein Abkommen getroffen, wonach dem Danzziger Sender ein größerer Etat zur Verfügung stehen wird, damit er auch eigene, durch die besondere Lage Danzigs bedingte Programme senden kann.

Zugleich wurde auch das Pausenzeichen des Danziger Senders geändert. Fünf Minuten vor dem Ende des Jahres 1933 erklangen zum ersten Male die ersten drei Takte des alten Soldatenliedes „An der Weichsel gegen Osten..."

*

Der geheimnisvolle Sender „General Kutjepow".

Aus Warschau meldet der „Ost-Expreß":

Das Geheimnis um den sowjetrussischen Sender „General Kutjepow" beginnt sich allmählich zu lüften. Nach einer Veröffentlichung der russischen Emigrantenzeitung „Wosroshdenie" steht hinter diesem Sender, wie aus einer Zuschrift hervorgeht, die Internationale Union zur Bekämpfung des Kommunismus, dessen Vorsitzender zurzeit der frühere belgische Konsul in Moskau Doulliet ist, der Verfasser des Buches „Moskau ohne Maske". In dieser Zuschrift sind die Tage und Stunden der Sendungen angegeben. Alle Interessenten werden aufgefordert, sich mit der erwähnten Union „Cilac" in Verbindung zu setzen. Der Standort des Senders, der eine große Reichweite hat, wird nicht bekanntgegeben.

Rauschning über die neue deutsche Ostpolitik.

Der Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig Dr. Rauschning behandelt in einem richtunggebenden Artikel im Danziger „Vorposten", dem amtlichen Organ der NSDAP, Gau Danzig, grundsätzliche Fragen der deutschen Ostpolitik, von Danzig aus gesehen. Darin beleuchtet er auf Grund seiner persönlichen Eindrücke bei seinen Besprechungen mit Marschall Pilsudski das deutsch-polnische Verhältnis.

Vielleicht ist es, so betonte er, für Polen ein Glück gewesen, daß es in der Isolierung der letzten Jahre unter erheblichen Opfern und einer an altpreußische Methoden erinnernden rücksichtslosen Sparsamkeit den Weg zur Selbsthilfe gefunden habe. Es handele sich nicht nur darum, eine vorübergehende Befriedung des europäischen Ostens durch zeitbedingte Erklärungen zu veranlassen, sondern die gesamte Politik einer Korrektur zu unterziehen, die die Führer des jungen Deutschland und des neuen Polen zum Gegenstand ihrer politischen Maßregeln machten.

Die Zeit kleiner wirtschaftlich und politisch bedingter nationaler Räume sei vorüber.

Die aus den Fugen geratene Welt baue sich in politischen und wirtschaftlichen Großräumen neu auf, oder sie zerfalle im Chaos.

Das sei der eine Sinn der Friedensbotschaft Adolf Hitlers, die auf soviel Mißverständnis und Mißtrauen gestoßen sei. Es sei das keine Politik, wenn man sich vornehme. einmal zu einem günstigen Zeitpunkt zu sagen: Das Ganze drei Schritt nach Osten oder drei Schritt nach Westen, marsch, marsch!

Es gelte hier auch nicht, Polen gegen Rußland auszuspielen,

das eine zugunsten des anderen aufzuteilen, abzutreten, Versprechungen zu machen und territoriale Schachzüge vorzubereiten. Ein Ausgleich Deutschland—Polen schließe nicht ein freundschaftliches Verhältnis Polen—Rußland, Deutschland—Rußland aus. Er setze es vielmehr voraus. Der Osten Europas werde in seiner Gesamtheit befriedet, oder er werde es nie.

Präsident Rauschning tadelt das allgemeine Mißtrauen, das seinen Ausdruck in der Frage finde: was stecke hinter dieser Politik Deutschlands, wieweit sei sie aufrichtig? In Warschau erinnerte man ihn an das russische Sprichwort: Der liebe Gott habe den Menschen geschaffen, der Deutsche aber den Affen. Und in Deutschland nenne man den Polen hinterlistig. Das sei die Atmosphäre, und dann: Deutschland könne doch nicht nach allen Seiten Frieden haben wollen. Entweder spiele es Polen gegen Frankreich, oder Frankreich gegen Polen aus. Irgendwo sei es unaufrichtig. Wahrscheinlich überall. Das sei der Skeptizismus der angeblich Besonnenen.

Der Senatspräsident kommt daher zu dem Schluß, daß hier nur ein hochherziger politischer Entschluß wahrer und allseitig anerkannter Völkerführung aus der Sackgasse heraushelfen könne. Nie habe ein Staatsmann leidenschaftlicher und mit dem Klang innerster Überzeugung seine Friedensbotschaft so rückhaltlos verkündet wie Reichskanzler Hitler. Warum könne dieser Frieden nicht im Osten gelten und zugleich im Westen? Gewiß sei es etwas anderes: im Westen die Befriedung eines Zustandes zweier Völker, die im wesentlichen keine gemeinsamen Aufgaben haben; im Osten aber ein Ziel, das gleichbedeutend sei mit dem Bestand des Abendlandes, mit der Wiedergesundung unseres Kontingents.

Die Welt trete in eines ihrer kritischsten Jahre.

Alle phrasenhafte Behelfe fielen ab, unentbehrlich gewordene Werturteile zeigten sich als Vorurteile. Die Not stehe nackt und riesengroß vor uns allen. Sie sei nicht mit Worten zu beschwören, es bleibe nur das Notwendige zu tun, ob es uns lieb sei oder leid. Der Führer habe gesprochen. Wer wolle seinen Worten mißtrauen? Wer könne ihnen mißtrauen?

*

Senats-Vizepräsident Greiser zur Jagd nach Bialowiesch eingeladen.

Alljährlich findet in den polnischen Staatsforsten von Bialowiesch als repräsentative Staatsveranstaltung eine große Jagd statt, zu der auch Diplomaten und Staatsmänner des Auslandes geladen werden. Wie wir hören, hat die Polnische Regierung in diesem Jahre zu der Jagd, die am 11 und 12. Januar stattfindet, den Vizepräsidenten des Danziger Senats Greiser und den polnischen diplomatischen Vertreter in Danzig, Minister Papée, geladen.

*

Winterhilfe für die polnische Schuljugend in Danzig.

Wie die „Gazeta Gdańska" mitteilt, hat der Kommissar für die Winterhilfe, Senator Batzer, der Macierz Szkolna (Polnische Schulmutter) 200 Paar Schuhe von der Winterhilfe zugehen lassen zur Verteilung an bedürftige polnische Schulkinder.

Bei der geringen Zahl der polnischen Schulkinder in Danzig im Verhältnis zu den deutschen Schulkindern, bedeutet die Überweisung von 200 Paar Schuhen ein sehr weitgehendes Entgegenkommen der Winterhilfe gegenüber den Bedürftigen polnischer Nationalität.

*

„Danzig loyal gegen die Juden."

Vor einiger Zeit weilte in Danzig der Chefredakteur des polnischen jüdischen Blattes „Die Jüdische Welt" Sami Glücksmann. Das jüdische Blatt macht über diesen Besuch folgende bemerkenswerte Ausführungen:

„Unser Chefredakteur hatte mehrere Rücksprachen mit führenden jüdischen Persönlichkeiten, die ihm gegenüber ihre Befriedigung über die von dem Senatspräsidenten Dr. Rauschning gegen die jüdische Bevölkerung geübte loyale Politik zum Ausdruck brachten. Auch Vertreter der Industrie- und Handelskammer betonten, daß Juden nach wie vor im Wirtschaftsleben gern gesehen seien. Selbstverständlich sind während und nach dem Regierungswechsel gewisse Übergriffe vorgekommen; es wurde jedoch festgestellt, daß diese von der herrschenden Partei nicht gutgeheißen wurden. Auch Vertreter der polnischen Behörden glaubten keinen Grund zu Befürchtungen zu haben. Vertreter des Hafenausschusses der Freistadt Danzig äußerten den dringenden Wunsch nach reger Beteiligung jüdischer Wirtschaftsfaktoren an der Belebung der Wirtschaft der Freistadt Danzig."

Das Blatt versieht diese Meldung mit der großen Überschrift „Danzig loyal gegen die Juden".

*

Die Danziger „Volksstimme" erscheint wieder.

Nach zweimonatlicher Unterbrechung erschien am 3. Januar die erste Nummer in diesem Jahre der Danziger „Volksstimme", die bekanntlich seinerzeit vom Senat auf zwei Monate verboten wurde. Aus diesem Anlaß bringt die Redaktion des sozialistischen Blattes einen Leitartikel, worin sie den weiteren Kampf zur Verteidigung der Demokratie ankündigt.

*

Die „Preußen" wurde um 10 Meter verlängert.

Auf den Stettiner Oderwerken fand am Donnerstag im Rahmen einer Ostlandkundgebung die feierliche Ausdockung des zweiten Fahrgastschiffes des Seedienstes Ostpreußen, der „Preußen", statt. Ein großer Kreis von Gästen wohnte an Bord des um 10 Meter verlängerten Schiffes dem interessanten Vorgang bei, unter ihnen Führer der nationalsozialistischen Organisationen, der Behörden und der Wirtschaft. Die Ausdockung erfolgte ohne Zwischenfall. Es wurde ein Telegramm des Gauleiters der NSDAP Ostpreußen, Erich Koch, bekanntgegeben, in dem dieser der umgebauten „Preußen" für ihre künftigen Fahrten viel Glück wünscht.

*

Ein Terrier als Abschiedsgeschenk für Rosting.

Der Danziger Senat hat dem bisherigen Danziger Völkerbundskommissar Rosting, der demnächst Danzig verläßt, als Abschiedsgeschenk einen auf den Namen „Peter von Danzig" getauften Terrier überreicht.

Briefkasten der Redaktion.

R. 1. Nur die Nummern der Auslosungsscheine werden gezogen, und diese Nummern bewegen sich nur zwischen 1 und 90 000. Die uns mitgeteilten Nummern sind nicht Nummern der Auslosungsscheine. 2. Der jetzige Zloty, und zwar auch der in Papier gezahlte, ist der Goldzloty; die Bank Polski braucht also Goldzloty nur mit dem heutigen Papierzloty zu zahlen. 3. Wegen der übrigen Anfragepunkte wenden Sie sich am besten an eine Bank resp. an die Kollekte der Staatslotterie, von der Sie die Lose bezogen haben. Wir unsererseits sammeln nicht die Gewinnlisten der Staatslotterie.

A. W. 100. Vorläufig haben Sie wahrscheinlich Ihrem Vertreter nichts zu zahlen, denn anscheinend handelt es sich bei der sogenannten Gegenklage nur um eine Gegenrechnung des Verklagten im Rahmen der Klage, die Sie gegen den Schuldner angestrengt haben, und für deren Vertretung Sie dem Rechtsanwalt bereits einen Kostenvorschuß bezahlt haben. Handelt es sich aber tatsächlich um eine Sonderklage des Gegners, so hätten Sie dem Rechtsanwalt für die Vertretung Gebühren nach dem Streitobjekt zu zahlen. Wie hoch das neue Streitobjekt ist, wissen wir nicht; handelt es sich gleichfalls um 400 Zloty, so hätten Sie dem Rechtsanwalt 40 Zloty zu zahlen, nämlich für die ersten 250 Zloty 25 Zloty und für jede angefangene 50 Zloty 5 Zloty.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Reichsbank begründet den Transfer.

Die letzten Transfermaßnahmen Deutschlands haben bekanntlich in einzelnen Ländern, vornehmlich in Amerika und England, eine vielfach schroffe Ablehnung gefunden. Nachdem bereits Dr. Schacht zwei Mal die deutschen Gründe für diesen Schritt darlegte, befaßt sich jetzt auch die Reichsbank als Bankinstitut mit dieser Frage. Die Reichsbank gibt folgende Erklärung ab:

Die Entscheidung der Reichsbank ist nicht willkürlich, sondern entspricht einer Verpflichtung, die der Reichsbank durch § 3 des Gesetzes über Zahlungsverbindlichkeiten gegenüber dem Auslande vom 9. Juni 1933 auferlegt worden ist. Hiernach hat die Reichsbank verantwortlich zu bestimmen, zu welchem Zeitpunkt Zahlungen auf die Guthaben der Gläubiger bei der Konversionskasse geleistet werden dürfen.

Wenn die Reichsbank hierbei die Form wählt, die Zahlungen auf den Schuldendienst jeweils auf ein halbes Jahr im voraus zu bestimmen, so tut sie dies im Interesse einer gleichmäßigen und einheitlichen Behandlung sämtlicher in Frage kommenden Gläubiger, insbesondere sämtlicher Couponinhaber;

denn es wäre eine Unmöglichkeit, etwa von Monat zu Monat oder gar in noch kürzeren Fristen festsetzen zu wollen, ob und in welcher wechselnden Höhe ein Coupon noch transferiert werden kann.

Die Reichsbank hat vor jeder Regelung Wert darauf gelegt, die Ansicht erfahrener ausländischer Bankiers und anderer Herren zu hören, die es übernahmen, die Interessen der Gläubiger Deutschland gegenüber zu vertreten und hat die Auffassungen dieser Herren wie im Juni 1933 so auch jetzt wieder sehr sorgfältig erwogen. Die gesetzliche Verantwortung konnte und kann jedoch der Reichsbank von diesen Herren nicht abgenommen werden. Die Reichsbank hat ihre Entscheidungen getroffen, nicht ohne vorher den Gläubigervertretern in voller Offenheit die zur Beurteilung der deutschen Devisenlage notwendigen statistischen Unterlagen in allen Einzelheiten vorgelegt zu haben. Dazu wird bemerkt,

daß der gesamte Zinsendienst, den Deutschland nach der neuen Regelung ab 1. Januar 1934 zu transferieren auf sich nimmt, der Höhe nach im Durchschnitt rund 77 Prozent der Zinsforderungen des Auslandes befriedigt.

Dieser Durchschnitt errechnet sich dadurch, daß die Dawes-, Young- und Kali-Anleihen sowie die Stillhaltekredite im Zinsendienst voll bedient werden und außerdem das Bestreben der Reichsbank dahin geht, auch für die ausgegebenen Scrips eine Verwertung — zurzeit mit 50 Prozent — aufrechtzuerhalten. Wenn also auch der Gläubiger von nicht voll transferierten Zinsen auf einen Teil seiner Bezüge warten bzw. sich gewissen Einschränkungen unterwerfen muß, so sollte doch billigerweise die Leistung Deutschlands, die in der Durchführung eines Zinsendienstes in Durchschnittshöhe von 77 Prozent liegt, nicht verkannt werden. Die Leistung wird vollbracht, ohne daß Deutschland seine Währung entwertet hat.

Die Kohlenmagistrale wird weiter von den polnischen Staatsbahnen ausgenutzt.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Wie die „Iskra"-Agentur mitteilt, wird Mitte Januar d. Js. in Warschau eine Sitzung des Aufsichtsrates und des Direktionskomitees der **„Polnisch-Französischen Eisenbahngesellschaft"** stattfinden. In dieser Sitzung werden die Angelegenheiten besprochen werden, die mit der Ausnutzung der neuerbauten Kohlenmagistrale Oberschlesien—Gdingen durch die polnischen Staatsbahnen im Jahre 1934 unter denselben Bedingungen wie im vorigen Jahre zusammenhängen. Die Fortsetzung der Exploitierung dieser Linie durch die staatlichen Eisenbahnen ist hauptsächlich dadurch bedingt, daß es sich im Augenblick als **unmöglich erwiesen hat, auf dem französischen Markte die Kapitalien aufzutreiben, welche zur Beschaffung des Eisenbahnparks für die Kohlenmagistrale notwendig sind.**

An der erwähnten Sitzung werden der Finanzvizeminister Koc, der Vizeminister im Verkehrsministerium Ing. Czapski, die Departementsdirektoren im Finanz- und im Kommunikationsministerium: Baczyński, Ing. Bobkowski, Dr. Nowak u. a. teilnehmen. Französischerseits werden der Sitzung die Vertreter der **„Banque du Pays du Nord"** und der **„Schneider und Creuzot-"Werke** beiwohnen.

Welt-Zinnverbrauch 1933.

Nach Angaben des statistischen Bureaus des Internationalen Zinnforschungsinstituts im Haag hat sich der Zinnverbrauch der Welt von 11 924 To. im Septbr. auf 11 500 im Oktober vermindert, womit er allerdings noch um 3678 Tonnen die entsprechende Vorjahrsziffer übertrifft. Für die 10 Monate Januar bis Oktober 1933 ist eine Steigerung des Zinnverbrauchs gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit um 30,8 Prozent oder 25 575 Tonnen auf 108 655 (i. V. 83 080) Tonnen festzustellen. 90 Prozent der Verbrauchssteigerung oder 22 854 Tonnen entfielen auf die Vereinigten Staaten, die in dieser Zeit 52 251 (29 397) Tonnen aufnahmen. Auch Deutschland konnte seinen Zinnverbrauch gegenüber dem Vorjahre um 13 Prozent auf 8611 (7601) Tonnen ausdehnen. Zum größten Teil ist die Steigerung des Weltkonsums an Zinn auf die gebesserte Lage der internationalen Weißblechindustrien zurückzuführen, die in den zu Ende Oktober abgelaufenen 12 Monaten 48 100 Tonnen Zinn, d. h. 11 500 Tonnen oder 31 Prozent mehr als im Vorjahre absorbierten. Die Weißblechindustrie Deutschlands zeigte in dieser Zeit eine Produktionsausdehnung um 51 Prozent, die der Vereinigten Staaten um 53 Prozent und die Frankreichs um 41 Prozent, während diejenige Englands eine etwa unveränderte Erzeugung verzeichnete.

Gegen eine Beschränkung der Agrarerzeugung.

In einem bemerkenswerten Artikel im „Kurjer Warszawski" behandelt der bekannte polnische Wirtschaftspolitiker, Professor Rybarski, die polnische Agrarpolitik und kommt zu dem Ergebnis, daß es in Polen keine landwirtschaftliche Überproduktion gäbe. Denn ein Mangel an Lebensmitteln mache sich in verschiedenen Gebietsteilen des Landes und selbst unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung bemerkbar. In keinem Falle sei es angängig, das Rezept der Einschränkung der Agrarproduktion in Polen anzuwenden. Es gebe für die Lösung der Agrarfrage in Polen keinen anderen Weg, als die Preissenkung für Industrieerzeugnisse und die Kostensenkung der Produktion durch Herabsetzung der öffentlichen Lasten sowohl in der Industrie, als auch in der Landwirtschaft. Die Verarmung des flachen Landes schreite ständig vorwärts. Die bisherigen Versuche der Herstellung eines Gleichgewichts der Preise für Agrar- und Industrieprodukte seien ergebnislos verlaufen. Das landwirtschaftliche Problem verschärfe sich trotz der beruhigenden Feststellungen über die Lage der Landwirtschaft zusehends.
EWD.

Firmennachrichten.

Graudenz (Grudziądz). Zwangsversteigerung des Grundstücks in Neudorf (Nowawieś), Grundbuch, Band 5, Blatt 136, Flächeninhalt 32,14,35 Hektar, Inh. Karol Medwecki, am 23. Januar 1934, 10 Uhr, im Burggericht, Zimmer 2.

v **Briesen** (Wąbrzeźno). Ein neuerlicher dreimonatlicher Zahlungsaufschub wurde dem Kaufmann Alfons Sikorski, Inhaber der Firma Alfons Sikorski in Briesen, vom Burggericht bis zum 23. März 1934 gewährt.

v **Mewe** (Gniew). Zwangsversteigerung des in Janiszewo, Kreis Mewe, belegenen und im Grundbuch Janiszewo, Band I, Blatt 1, auf den Namen des Rudolf Schueller und seiner Ehefrau Ella geb. Proemmel eingetragenen Grundstücks von 533,98,94 Hektar (mit Gebäuden) am 21. Februar 1934, 11 Uhr, im Burggericht, Zimmer 3.

v. **Gdingen** (Gdynia). Über das Vermögen der Firma Montana Sp. z o. o. in Gdingen ist das Konkursverfahren eröffnet worden. Konkursverwalter: Rechtsanwalt A. Zelewski in Gdingen. Termin am 24. Januar 1934, 10 Uhr, im Burggericht, Zimmer 33.

v. **Putzig** (Puck). Zwangsversteigerung des in Wielkawieś belegenen und im Grundbuch Wielkawieś auf den Namen des Julian Jasiński eingetragenen Grundstücks, bestehend aus Wohnhaus, Tanzsaal und Bauplatz, am 3. März 1934, 10 Uhr, im Burggericht, Zimmer 6. Schätzungspreis 21 833,76 Zloty.

Polens Stickstoffindustrie

im Rahmen der internationalen Stickstoffwirtschaft.

Dr. Cr. Der Tiefpunkt der Krise in der polnischen Stickstoffindustrie ist auch im abgelaufenen Jahre noch nicht erreicht worden. Die Verschärfung der Krise kommt nicht nur in der Schrumpfung der Produktion, in teilweiser Betriebsstillegung und Einschränkung der Arbeiterzahl zum Ausdruck, sondern vor allem in der weiteren überaus starken Einengung des Absatzes auf den heimischen Märkten, trotz sinkender Preise. In dem Zeitabschnitt von 1929 bis 1932 minderte sich der Verbrauch von Stickstoffdüngemitteln in Polen um ca. 80 Prozent. Die rasche Minderung des Verbrauchs an Stickstoff ist deutlich an dem Verbrauch pro Einheit der bestellten Fläche (Hektar) zu ersehen. Während die Zeitperiode von 1924 bis 1929 ein Anwachsen des Verbrauchs pro Hektar von 4 Kilogramm auf 12,36 Kilogramm aufweist, sinkt in den folgenden Jahren der Verbrauch um 30 bis 50 Prozent. Die Schrumpfung des Verbrauchs äußert sich auch in einem starken Rückgang der Einfuhr. Eine nähere Analysierung der Verbrauchsskala zeigt allerdings, daß die Senkung des Verbrauchs sich nur auf bestimmte Sorten bezieht, während in anderen Sorten eine wesentliche Aufholung festzustellen ist. Der rasche Abstieg des Verbrauchs ist für die polnische Landwirtschaft von umso schwerwiegenderer Bedeutung, als Polen mit seinem gegenwärtigen durchschnittlichen Jahresverbrauch in Relation zum Ausland nur die 19. Stelle inne hat.

Neben den allgemeinen Gründen, wie schlechte Lage der Landwirtschaft, allgemeiner wirtschaftlicher und finanzieller Verfall, ist die Absatzkrise in der besonderen Struktur der Verhältnisse in Polen begründet. Angeborener Konservatismus läßt die Bauern, die immer noch trotz eifriger Propaganda der Regierung und der landwirtschaftlichen Verbände gegen die Anwendung künstlicher Düngemittel Vorurteile hegen, die Anwendung von Chilesalpeter den künstlichen stickstoffhaltigen Düngemitteln vorziehen. Dazu kommt **ungenügende Bodenbearbeitung, Mangelhaftigkeit der Transport- und Verkehrsverhältnisse, fehlerhafte Organisation des Handels** mit Düngemitteln, und vor allem der **Mangel an den nötigen Betriebskapitalien** in den Händen der Bauern.

Ganz allgemein setzte sich in den letzten Jahren die Auffassung durch, daß nur durch besondere Billigkeit der landwirtschaftlichen Produkte die Konkurrenzfähigkeit Polens auf den internationalen Märkten erhalten werden könne. Die Hilfsmaßnahmen, die sowohl vom Staate, als auch von der Industrie zwecks Konsolidierung der Stickstofferzeugung unternommen wurden, vollzogen sich neben der Produktionsrestriktion vor allem in der anhaltenden Preissenkung, in der Erteilung von Subventionen und in der Bereitstellung billiger Kredite.

Für das Entgegenkommen im Preise spricht die Tatsache, daß in dem Zeitabschnitt von 1927/1928 bis 1932/1933 die Preise der Stickstoffdüngemittel von 100 Prozent auf 56 Prozent zurückgingen. Im Vergleich mit diesen Preisen pro Einheit stickstoffhaltiger Düngemittel sanken die Indexziffern für Getreide für dieselbe Zeitperiode von 100 auf 52 Prozent. Mit diesem größeren Preisschwund der landwirtschaftlichen Erzeugnisse wird erklärt, daß die Landwirte mit Rücksicht auf die mangelnde Rentabilität von der Verwendung von Kunstdünger absehen müssen. Um der darniederliegenden Landwirtschaft noch weiter im Preise entgegenzukommen, wurde der Preis für Stickstoff loko Abnahmestation festgesetzt, ferner wurden die Fristen für erteilte Kredite wesentlich verlängert.

Die im laufenden Jahre erfolgte Vereinigung der Betriebe in Mościce und Chorzów ist gleichfalls als Folge dieses Entgegenkommens der Industrie für die Abnehmerkreise zu werten. Eine streng durchgeführte Nationalisierung der Betriebe macht es der Industrie möglich, in den Preisen wie oben erwähnt weiter entgegenzukommen. Allein die jetzigen Preisnotierungen erachtet die Industrie als äußerste Grenze, deren Überschreitung angeblich zum Ruin der Stickstoffindustrie führen müßte.

Einen gewissen Ausgleich für den entgangenen Gewinn auf den heimischen Märkten versucht die **polnische Düngemittelindustrie dadurch herbeizuführen, daß sie in wachsendem Maße den Bedarf der Auslandsmärkte mit zu befriedigen versucht. Das bringt eine Schicksalsverbundenheit mit der übrigen europäischen Industrie.** Hierauf ist auch die aktive Beteiligung Polens an dem vor zwei Jahren abgeschlossenen internationalen Vertrag: „Convention Europeenne de l'industrie de l'azote" („CIA") zurückzuführen, der 98 Prozent der europäischen Stickstoffindustrie umfaßte, und Polen einen **sogenannten Territorialschutz gewährte.** Auf diese Tatsache ist es auch zurückzuführen, daß die Vorgänge, die sich auf dem Weltmarkte für Stickstoff abspielen, für Polen von nachhaltiger Bedeutung sein müssen.

Seit Jahr und Tag wird der Weltstickstoffmarkt durch die verzweifelten Anstrengungen Chiles beunruhigt, dem chilenischen Salpeter erweiterte Absatzmöglichkeiten in der ganzen Welt zu verschaffen, und hierdurch die außerordentlich bedrängte wirtschaftliche Lage Chiles zu erleichtern, die dort auch zu scharfen Entladungen politischer Natur geführt hat. Die schlechte Lage des europäischen synthetischen Stickstoffs, hervorgerufen durch Überdimensionierung der Produktion, führte zu starken Preiskämpfen mit dem Chilesalpeter auf dem Weltmarkte und hatte einen anhaltenden Preisschwund zur Folge. Der starke Wettkampf führte bekanntlich im Jahre 1930 zu einer Verständigung zwischen Europa und Chile, die in der Gründung der „CIA" zum Ausdruck kam. Doch wurde ein Jahr später die „CIA" wieder aufgelöst. Die Schwäche der Konstruktion lag in erster Linie darin, daß der Kampf zwischen künstlichem und natürlichem Salpeter mit künstlichen Mitteln überbrückt wurde, ohne vorher bis zu einer vollen Klärung der beiderseitigen Machtpositionen durchgeführt zu sein. Die Absicht der „CIA", eine Befestigung des Preisniveaus mittels einer weitgehenden internationalen Produktionsrestriktion zu bewirken, mußte daran scheitern, daß man die **Produktion Chiles von der Verpflichtung der Einschränkung der Erzeugung befreite.** Durch die Leistung einer Barentschädigung und durch die Befreiung von jeder Produktionsbeschränkung gewann Chile einen Vorsprung gegenüber dem synthetischen Stickstoff. Die Ausschaltung des Wettbewerbs wurde zu einer Betriebskonzentration benutzt. Anfang des Jahres 1931 erfolgte die Konzentration der chilenischen Betriebe durch die Begründung eines Trusts **„Compania da Salitra de Chile" (Cosach")**, der 95 Prozent der Salpetererzeugung erfaßte. Doch auch diese Zusammenfassung blieb ohne Erfolg. Der aufs neue entbrannte Kampf auf dem Weltmarkte führte im abgelaufenen Jahre zu einer nochmaligen Verständigung. Zwischen der sog. „Dreier-Gruppe" (J. G. Farben- bzw. Stickstoffsyndikat Norsk-Hydro-Industrial-Chemical) **und deren europäischen Teilhabern einerseits und den Chilenen andererseits wurde eine provisorische Abmachung vorerst mit der Gültigkeit bis Juni 1934 getroffen.**

Doch scheint auch dieser Vertrag keinen Dauererfolg zu versprechen. Die Interessen der Chilenen nach einer weiteren Expansion in Europa kollidieren mit den Interessen der europäischen, insbesondere der deutschen Stickstoffindustrie. Gegen die Erneuerung des Paktes sprechen die **Meinungsverschiedenheiten zwischen den Kokereiherstellern und den reinen Stickstoffabriken, die sich im Laufe der Zeit über die Zweckmäßigkeit der derzeitigen Absatzverteilung innerhalb beider Gruppen ergeben haben.** Kommt eine Verlängerung des Paktes nicht zustande, und ein Kampf aller gegen alle entbrennt, so kann das eine weitere Verschärfung der Krise heraufbeschwören, und das kann nicht ohne Folgen für Polen bleiben. Es ist mehr als zweifelhaft, ob Polen angesichts seiner weiten Entfernung von den westeuropäischen Märkten und seiner schlechten Transport- und Verkehrswege imstande sein wird, sich an einem solchen Kampfe erfolgreich zu beteiligen.

Die polnische Stickstoffindustrie müßte dann versuchen, sich zunächst auf den heimischen Binnenmärkten völlig durchzusetzen. Abgesehen von der Bereitstellung der nötigen Kredite ist eine Vertiefung und eine Erweiterung der Propaganda und Aufklärungsarbeit auf dem platten Lande zu empfehlen.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 8. Januar auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 5%, der Lombardsatz 6%.

Der Zloty am 5. Januar. Danzig: Ueberweisung 57.74 bis 57,86, bar 57,77–57,88, Berlin: Ueberweisung gr. Scheine 46,875 bis 47,275, Prag: Ueberweisung 383,00, Wien: Ueberweisung 79,30, Paris: Ueberweisung —,—, Zürich: Ueberweisung 58,05, Mailand: Ueberweisung —,—, London: Ueberweisung 28,93.

Warschauer Börse vom 5. Januar. Umsatz, Verkauf — Kauf. Belgien 123,55, 123,86 — 123,24, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig 173,05, 173,48 — 172,62, Helsingfors —, Spanien —, Holland 357,40 358,30 — 356,50, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 28,90, 29,04 — 28,76, Newyork 5,61, 5,64 — 5,58, Oslo —, Paris 34,88, 34,97 — 34,79, Prag 26,44, 26,50 — 26,38, Riga —, Sofia —, Stockholm —, Schweiz 172,20, 172,63 — 171,77, Tallin —, Wien —, Italien 46,80, 46,92 — 46,68.

Freihandelskurs der Reichsmark 211,55.

Berlin, 5. Januar. Amtl. Devisenkurse. Newyork 2,642—2,648, London 13,59—13,62, Holland 168,23—168,57, Norwegen 68,28 bis 68,42, Schweden 70,08—70,22, Belgien 58,14—58,26, Italien 22,01 bis 22,05, Frankreich 16,42—16,46, Schweiz 81,07—81,23, Prag 12,44 bis 12,46, Wien 47,35—47,45, Danzig 81,52—81,68, Warschau 47,025—47,225.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 5,60 Zl., do. Kanada 5,57 Zl., 1 Pfd. Sterling 28,86 Zl., 100 Schweizer Franken 171,52 Zl., 100 franz. Franken 34,74 Zl., 100 deutsche Mark 210,50 Zl., 100 Danziger Gulden 172,37 Zl., Ital. Lire 46,49 Zl., Belgisch Belgas 123,05 Zl., holländischer Gulden 356,00 Zl.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 5. Januar. Es notierten: 5proz. Staatl. Konvert.-Anleihe 53,50 G., 4½proz. Dollar-Pfandbriefe der Posener Landschaft (1 Dollar = 5,67) 43,50 G., 4proz. Konvert.-Pfandbriefe der Posener Landschaft 39,50 G., 4proz. Prämien-Dollaranleihe (Serie 3) 49,50 G., 4½proz. Roggen-Pfandbriefe der Posener Landschaft 40,25—40,50 G. Tendenz fest. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 5. Januar. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise:

Roggen	1200 to	14.75
	165 to	14.68½
	180 to	14.65
	75 to	14.60
	15 to	14 55
Weizen	45 to	19.10
Roggenkleie	145 to	9.75

Richtpreise:

Weizen	18.50—19.00	Klee, gelb, ohne Schalen	90.00—110.00
Roggen	14.50—14.75	Senf	33.00—35.00
Gerste 695—705 kg	14.00—14.25	Weizen- u. Roggenstroh, lose	—.—
Gerste 675—685 kg	13.50—13 75	Weizen- u. Roggenstroh, gepreßt	—.—
Braugerste	14.75—15.50	Hafer- und Gerstenstroh, lose	—.—
Einheitshafer	12.25—12.50	Hafer- und Gerstenstroh, gepreßt	—.—
Futterhafer	—.—	Heu, lose	—.—
Roggenmehl (65%)	21.00—22.50	Heu, gepreßt	—.—
Weizenmehl (65%)	27.50—32.00	Netzeheu, lose	—.—
Weizenkleie	10.25—11.00	Netzeheu, gepreßt	—.—
Weizenkleie (grob)	11.00—11.50	Blauer Mohn	49.00—54.00
Roggenkleie	9.75—10.75	Leinkuchen	18.50—19.50
Winterraps	43.00—44.00	Rapskuchen	16.00—16.50
Sommerwicke	14.00—15.00	Sonnenblumenkuchen 46—48%	18.50—19.50
Peluschken	14.00—15.00	Sojaschrot	23.00—23.50
Viktoriaerbsen	22.00—25.00		
Folgererbsen	21.00—23.00		
Fabrikkartoff. p. kg%	—.—		
Seradella	13.00—14.50		
Klee, rot	170.00—210.00		
Klee, weiß	75.00—110.00		

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 1590 to, Weizen 795 to, Hafer 7 to, Gerste 326 to, Roggenmehl 144 to, Weizenmehl 19½ to, Kartoffelmehl 147 to, Roggenkleie 233½ to, Weizenkleie 130 to, Viktoriaerbsen 77½ to, Sirup 17 to, Dextrin 7½ to.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 8. Januar. Die Preise lauten Parität Bromberg (Waggonladungen) für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise:

Roggen	— to	—.—	Roggenkleie	— to	—.—
Weizen	15 to	19.25	Weizenkleie	— to	—.—
Braugerste	— to	—.—	Speiseerbsen	— to	—.—
Hafer	— to	—.—	Peluschken	— to	—.—
	— to	—.—	Sommerwicken	— to	—.—
Roggenm. 65%	75 to	21.00	Sonnenblumenkuchen	— to	—.—
Weizenm. 65%	— to	—.—			

Richtpreise:

Roggen	14.25—14.50	Bohnen	—.—
Weizen	18.25—18.75	Serradella, neu	12.50—13.50
Braugerste	14.50—15.50	Gelbklee, abgesch.	90.00—100.00
Mahlgerste	13.00—13.25	Weißklee	80.00—100.00
Hafer	12.75—13.00	Rotklee	170.00—200.00
Roggenmehl 65%	21.00—21.75	Fabrikkartoff. p. kg%	0.18½
Weizenmehl 65%	30.50—32.00	Leinkuchen	19.00—20.00
Roggenkleie	10.00—10.50	Rapskuchen	15.50—16.50
Weizenkleie, fein	10.00—10.50	Sonnenblumenkuch.	19.00—20.00
Weizenkleie, grob	10.75—11.25	blauer Mohn	55.00—58.00
Winterraps	40.00—42.00	Senf	32.00—34.00
Peluschken	12.50—13.50	Leinsamen	35.00—37.00
Felderbsen	15.00—17.00	Wicken	12.50—13.50
Speiseerbsen	19.00—20.00	Netzeheu, lose	6.00—6.50
Viktoriaerbsen	21.00—25.00	Netzeheu gepreßt	7.00—7.50
Folgererbsen	20.00—24.00	Roggenstroh, lose	1.25—1.50
blaue Lupinen	5.00—6 00	Roggenstroh, gepreßt	1.75—2.00

Allgemeine Tendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen:

Roggen	536 to	Kartoffelpülpe	15 to	Hafer	65 to
Weizen	360 to	Speisekartoffel	— to	Peluschken	20 to
Mahlgerste	140 to	blauer Mohn	15 to	Grütze	— to
Braugerste	25 to	weißer Mohn	— to	Mischkuchen	— to
Roggenmehl	36 to	Rotklee	— to	Leinenkuchen	— to
Weizenmehl	22 to	Weißklee	— to	Mohnkuchen	— to
Viktor.-Erbs.	21 to	Schwedenklee	— to	getr. Zuckerrüb.	— to
Folger-Erbs.	25 to	Gelbklee	— to	Nudeln	— to
Feld-Erbsen	— to	Inkarnatklee	— to	Wicken	30 to
Roggenkleie	67 to	Wundklee	— to	Rübensamen	— to
Weizenkleie	77 to	Gerstenkleie	15 to	Soya-Schrot	— to
Futterlupinen	— to	Serradella	— to	Gemenge	10 to
Kartoffelflock.	— to	Senf	— to	Baldersb. Erbs.	15 to

Gesamtangebot 1624 to.

Warschau, 5. Januar. Getreide, Mehl und Futtermittel-Abschlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kg. Parität Waggon Warschau: Einheitsroggen 14,25—14,75, Einheitsweizen 20,50—21,00, Sammelweizen 20,00—20,50, Einheitshafer 12,50—13,00, Sammelhafer 12,00—12,50, Braugerste 15,00—15,50, Mahlgerste —,—, Grützgerste 13,25—13,50, Speisefelderbsen 20,00—22,00, Viktoriaerbsen 25,00—30,00, Winterraps 42,00—44,00, roher Rotklee ohne dicke Flachsseide 140,00—160,00, Rotklee ohne Flachsseide bis 97% gereinigt 180,00—190,00, roh. Weißklee 70,00—80,00, roh. Weißklee bis 97% ger. 80,00—100,00, Luxus-Weizenm. (45%) 1. Sorte 35,00—40,00, Weizenm. (65%) 1. Sorte 30,00—35,00, Weizenmehl 2. Sorte (20% nach Luxus-Weizenmehl) 25,00—30,00, Weizenmehl 3. Sorte 17,00—23,00, Roggenmehl I (55%) 24,00—25,00, Roggenmehl I (65%) 23,00—24,00, Roggenmehl II 17,50—18,50, Roggenmehl III 18,00—19,00, grobe Weizenkleie 11,00—11,50, mittlere 10,00—10,50, Roggenkleie 9,00—9,50, Leinkuchen 18,00—18,50, Rapskuchen 14,25—14,75, Sonnenblumenkuchen 18,00—18,50, doppelt gereinigte Seradella 11,00—12,00, blaue Lupinen 6,00—6,50, gelbe —,—, Peluschken 13,50—14,00, Wicken 13,50 bis 14,50, Winterrübsen 39,00—41,00, Sommerrübsen 41,00—43,00, blauer Mohn 50,00—55,00, Leinsamen 39,00—40,00, Soja-Schrot 23,00 bis 23,50, Fabrikkartoffel 4,00—4,25.

Umsätze 2079 to, davon 1290 to Roggen. Tendenz: ruhig.

Danziger Getreidebörse vom 6. Januar. (Nichtamtlich.) Weizen, 130 Pfd., Konsum, 11,60, Roggen, Export, —,—, Roggen 9,00—9,10, Gerste, feine 9,75—10,25, Futtergerste 8,80—9,50, Hafer 8,20—8,60, Viktoriaerbsen 13,50—16,75, grüne Erbsen 13,25—16,25, Roggenkleie 6,60, Weizenkleie 7,25—7,50, Peluschen 8,00—8,75, Wicken 8,50—9,00 G. per 100 kg frei Danzig.

Das Geschäft konnte noch nicht in Gang kommen. Für 115 pfd. Durchschnittsgerste wurden zum Export Preise von G. 8,80 per 100 kg genannt.

Roggen ist mit G. 9,00 verkäuflich, während guter Weizen mit G. 11,60 abzusetzen ist.